

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 28. Februar 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Unser Auftakt zu den Betriebsrätewahlen

Die Reichsbetriebsrätekonferenz des G.-V., die am 16. und 17. Februar im Berliner Gewerkschaftshaus tagte, darf als eindrucksvolle Kundgebung zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen bezeichnet werden. Wenngleich wir an anderer Stelle ausführlich darüber berichteten, erscheint es uns doch notwendig, die Grundstimmung hier zu kennzeichnen, von der diese Tagung erfüllt wurde.

Die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise ist dem privaten Großunternehmertum sehr zustoßen gekommen. Wohl leidet ein erheblicher Teil der mittleren und kleineren Betriebe gleichfalls schwer unter den Krisenzuckungen, die nun schon bald zwei Jahre andauern. Aber die Truste und Kartelle sowie das Bankkapital sind wohl auf. Ihre Dividenden haben nicht wesentlich gelitten. Der Export konnte zum Teil sogar noch gesteigert werden, so daß wir gegenwärtig nächst Amerika das stärkste exportierende Land sind und selbst England zum ersten Male in der Warenausfuhr überholt haben. Dafür sieht es aber auf dem Innenmarkt um so trüber aus. Der Rückgang der Produktion in Verbindung mit der gewaltigen Ausdehnung der Rationalisierung brachte uns ein Arbeitslosenheer, wie es noch niemals auf dieser Erde gesehen wurde. Es ist keine Frage, daß diese ungeheure Arbeitslosigkeit die Massenkaufkraft so enorm geschwächt hat, daß damit eine weitere Verminderung der Produktion bedingt wurde. Aber während in anderen Ländern nun ein rapider Preisrückgang der Waren und Artikel vor sich ging, hat das deutsche Unternehmertum durch seine Kartelle, Konzerne und Preiskonventionen es vermocht, die Profitrate weiter ansteigen zu lassen, so daß der Konsument, die Millionenmassen der Arbeitenden, nach wie vor schwer geschröpft wird. Unterdessen hat das Unternehmertum einen planmäßigen Feldzug gegen die öffentliche Wirtschaft unternommen. Dieser Kampf der „Wirtschaftsführer“ konnte aber nur dadurch Erfolg erringen, daß der frühere Reichsankpräsident Dr. Schacht systematisch die billigeren Auslandskredite für die Gemeinden sperrte. Die Folge war, daß die deutschen Banken nun zu wesentlich höherem Prozentsatz nur kurzfristige Gelder verliehen. So haben wir das Finanzelend der deutschen Großstädte Berlin, Breslau, Frankfurt a. M. usw., wie es allgemein bekannt geworden ist. Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt verzehnfachten sich, und die Einnahmen verminderten sich erheblich. Es darf daher nicht wundernehmen, daß auch in den einzelnen Wirtschaftsbezirken versucht wurde, Lohnabbau herbeizuführen gemäß den Parolen des Arbeitsministers Stegerwald und den Schiedsprüchen aus neuerer Zeit. Den Beamten wurden 6½ Proz. abgezogen unter Hinweis auf die Arbeitslosen ohne jede soziale Staffelung, so daß wieder die Ärmsten am schwersten betroffen worden sind. Dieser Schlag wurde nun wieder sowohl in der Privatindustrie als auch gegenüber den Arbeitern in den öffentlichen Betrieben ausgenützt, um damit

die Notwendigkeit weiteren Lohnabbaues zu argumentieren. Man sieht also, in diesen ganzen Dingen steckt System!

Darum war es notwendig und zweckmäßig, daß die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft, die Betriebsräte, vom ganzen Reich im Rahmen unseres Gesamt-Verbandes einmal zusammenkamen, um sich vorzubereiten und einzustellen auf den Abwehrkampf für weiteren Lohnabbau.

Denn schon wieder beginnen die Großverdiener der Eisen- und Stahlproduktion in ihrer Presse mobilzumachen, um eine zweite Lohnabbauwelle hervorzurufen. In den letzten Wochen wurden wiederholt Betriebe für kurze Zeit stillgelegt, um damit zu erreichen, daß neue Tarifverträge abgeschlossen werden müßten oder die übertariflichen Löhne erheblich reduziert werden sollten durch Sonderabkommen mit den einzelnen Arbeitnehmern.

Mehr denn je ist daher die geschlossene Front aller Arbeiter, Angestellten und Beamten notwendig. Es ist in den letzten Monaten dank der Stärke unserer Organisation — die in den öffentlichen Betrieben großenteils 90 Proz. aller Beschäftigten umfaßt — gelungen, die Abwehraktion gegen den Lohnabbau zum Teil erfolgreich zu gestalten. Die Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin, Hamburg, Sachsen und zahlreichen anderen Wirtschaftsbezirken des Reiches ist freilich auch mit Lohnverlust verbunden, so daß die schmale Lebensbasis der Arbeiter noch weiter eingesenkt worden ist. Aber mit der Aufrechterhaltung des Stundenlohnes bei 40- bis 45stündiger Arbeitszeit ist wenigstens das volkswirtschaftlich so falsche und unverantwortliche Prinzip Stegerwalds und der Brüning-Regierung durchbrochen worden, des Abbaues der Tarifstundenlöhne. Auch die Privatindustrie (besonders in den Verkehrsbetrieben usw.) ist zum Teil diesen Weg gegangen, um dadurch mehr Arbeitslose einstellen zu können oder weitere Entlassungen zu vermeiden.

Auf unserer Betriebsrätekonferenz kam nicht nur von Seiten der Referenten, sondern auch besonders durch die vielen Diskussionsredner scharf zum Ausdruck, es müsse alles daran gesetzt werden, um wenigstens die sozialen Rechte der Arbeitnehmer in den Betrieben zu halten. Der Leiter unserer Betriebsräteabteilung, Kollege Riedel, konnte darauf hinweisen, daß die mehr denn 20 000 Arbeiterratsmitglieder nebst 647 Angestelltenratsmitgliedern dauernd Hand in Hand mit unserer Organisation arbeiten. Damit ist das abgewandelte Wort „Betriebsräte und Gewerkschaften sind eins!“ zur Wahrheit geworden. Um aber eine noch straffere Zusammenfassung der Betriebsvertretungen zu erreichen, ist folgende Entschliebung angenommen worden:

„Die 3. Reichskonferenz für Betriebsvertretungen hält die organisierte Zusammenfassung der Betriebsvertretungen im Gesamt-Verband nach Orten, Bezirken und Insassen für eine zwingende Notwendigkeit, die sowohl im Interesse der Betriebsvertretungen wie des Verbandes liegt. Die Konferenz ist jedoch weiter der Auffassung, daß nur dann, wenn Betriebsvertretungen und Organisationsstellen in dieser Beziehung gemeinsam tätig sind, eine leistungsfähige

Bewegung der Betriebsvertretungen im Verbandsverband zu schaffen möglich ist. Aus diesem Grunde erwartet die Konferenz, daß Verwaltungen und Bezirke den in der Verbandsjahung und im Organisationsplan vorgesehenen Ausbau der Betriebsvertretungen reiflos durchführen und die örtlichen Ausschüsse und Bezirksräte im Zusammenwirken mit der Abteilung für Betriebsvertretungen beim Verbandsvorstand und den sonstigen Verbandsorganen die ihnen übertragenen Aufgaben in vollem Umfange erfüllen. Nur gemeinsame Arbeit aller im Verbands tätigen Mitglieder und Funktionäre kann uns auf diesem Gebiete vorwärts bringen."

Es war Kollege Nörpel vom ADGB, der in seinem scharf geschliffenen und interessanten Referat über „Die Bedeutung des Mitbestimmungsrechts“ zum Ausdruck brachte, daß die Aufgabe des Betriebsrats neben der Beachtung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes vor allen Dingen sei, die Interessen der Arbeitnehmer nach besten Kräften im Betriebe wahrzunehmen. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß eine Unmenge von Arbeit, aber auch große Erfolge mit Hilfe der Betriebsräte aufzuweisen sind zugunsten der Arbeitnehmer.

Gerade aus diesem Grunde ist es die Pflicht aller Arbeitnehmer, nur für die freigewerkschaftlichen Listen bei der Betriebsrätewahl zu stimmen. Da haben wir in diesem Jahre ein ganz gefährliches Kunterbunt von Gegnern. Zunächst sind es die Nationalsozialisten, die zwar nach den Erklärungen Hitlers und anderer Führer Gegner des Betriebsrätegesetzes sind. Sie haben wiederholt und programmatisch erklärt, daß sie nicht nur Anhänger des Privateigentums seien, sondern der Unternehmer dürfe sich bei der Durchführung seiner Maßnahmen nicht dazwischenreden lassen durch die Betriebsvertretungen oder Gewerkschaften. Trotzdem beteiligt man sich vielfach an den Betriebsrätewahlen. Man will eben eindringen in die Gewerkschaften durch schnelle Arbeit nach dem bekannten Muster der RGO., um eines Tages entweder die Gewerkschaften zu erobern oder, da dies ja wohl nicht möglich scheint, eigene Gewerkschaften einzurichten. Es bedarf der ange strengtesten Wachsamkeit aller unserer Betriebsräte, um bei den Wahlen dieses Attentat zu verhindern.

Natürlich taucht auch wieder die RGO., die sogenannte Gewerkschaftsopposition, mit ihrem KPD-Laden auf, um im trüben zu fischen. Zwar hat man in der Metallindustrie und im Bergbau eigene „rote“ Gewerkschaften gegründet, die aber nicht recht gedeihen wollen. Die Betriebsrätewahl wird zeigen, ob sich genügend Mitläufer finden, um die Zersplitterung der Arbeiterschaft herbeizuführen. Wir glauben nicht daran. Der Triumphruf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, des Organs des Unternehmertums, daß die Kommunisten, insbesondere soweit sie in den Gewerkschaften Sprengarbeit leisten, eine willkommene Hilfstruppe für die Kapitalisten sind, ist auch den verbohrtsten Mitläufern der RGO. etwas auf die Nerven gefallen. Da alle positiven Leistungen auf Seiten der KPD. fehlen, wohl aber eine ganze Reihe von Niederlagen im letzten Jahre festzustellen sind, dürfte der Zuzug in die Reihen der RGO. nicht allzu groß sein. Sie haben, wie wir zahlenmäßig wiederholt nachwiesen, ohnehin im Organisationsbereich des Gesamt-Verbandes keine wesentliche Rolle spielen können. Soweit wir gesehen haben, ist unter den 250 Vertretern der Betriebsrätekonferenz nicht ein einziges Mitglied der RGO. gewesen. Wenigstens hat sich niemand „oppositionell“ bemerkbar gemacht. Das ist auch eine bedeutame Feststellung.

Diese Konferenz war in allen grundsätzlichen Fragen eins, und gemeinsam wurde der Weg gesucht, um den unendlich vielfältigen Mannigfaltigkeiten nachzugehen, die in unserem Kampf erforderlich sind, um Erfolge aufzuweisen. Die Konferenz hat auch das wichtige Kapitel über die Durchführung des Gesundheits- und Unfallschutzes in den Betrieben in Referat und Diskussion recht gründlich behandelt. Kollege Sachs vom ADGB. rückte in einem großzügigen Referat die wichtigsten Fragen in den Vordergrund. Hestempo und Rationalisierung haben die Unfallzahlen gewaltig gesteigert, so daß wir 1929 über 1½ Millionen Unfälle hatten, darunter 9500 Tote und 167 000 Schwerverletzte. Es ist eine

eminente wichtige Aufgabe der Betriebsvertretungen, sowohl für vorbeugende Maßnahmen sich rechtzeitig einzusetzen in den Betrieben, als auch die vorhandenen Unfallverhütungsvorschriften usw. entsprechend durchzuführen. Leider ist unsere staatliche Gewerbeaufsicht noch unzulänglich. Vor allen Dingen müßten erheblich mehr Revisionsbeamten vorhanden sein, um eine systematische Prüfung des Gesundheitschutzes und Unfallschutzes vorzunehmen. Der Referent wies auch darauf hin, daß heute noch die Staats- und Gemeindebetriebe durch die Revisionsbeamten nicht kontrolliert werden können. Hier muß Breche geschlagen werden; denn die bloße behördliche Kontrolle durch die eigenen Beamten reicht nicht immer aus.

Einen glanzvollen Abschluß nahm die Konferenz durch das Referat unseres Kollegen Lengersdorff. Er schilderte eindringlich und mit vielen Zahlenbeispielen den Kampf des Unternehmertums gegen die öffentliche Wirtschaft in seinem Referat über „Die Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft“. Seine einleitende Darstellung über den Obrigkeitsstaat der Vorkriegszeit und das gewaltige Ringen um die demokratische Republik in der Gegenwart zeigte den Kollegen, daß wir doch trotz mancher Positionsverluste in den letzten Jahren noch sehr viel mehr verlieren könnten, wenn wir nicht auf der Wacht stehen. In dem Kräftepiel zwischen Staat und Wirtschaft sowie Arbeiterschaft ist in diesen Krisenzeiten die Wirtschaft mit ihrem Großunternehmertum ohne Zweifel sehr stark. Reich, Staat und Gemeinde haben infolge der finanziellen Nöte eine sehr schwere Position. Aber Finanznot und Krise wurden noch erheblich verstärkt durch die unglückselige Reichstagswahl vom 14. September 1930. Dieser Reichstag wird und muß im Gedächtnis des deutschen Volkes als ein abschreckendes Beispiel dafür dienen, wohin man kommt, wenn man sich politisch nicht aufklärt und gläubig irgendeinem Großmaul nachgeht. Die Arbeiterschaft kann sich leider auf eine starke unzweideutige Mehrheit im Volk noch nicht berufen. Sie hat nicht nur den Kampf zu führen gegen die Reaktion und gegen die Soldtruppen des Unternehmertums, die Nationalsozialisten, sondern auch in ihrem Rücken sind die Feinde. Die RGO. hat noch immer nicht begriffen, daß eine zielklare freie Gewerkschaftspolitik sich niemals von einer politischen Partei kommandieren lassen kann auf ihrem ureigensten wirtschaftlichen Gebiet. Die Reichskonferenz nahm in Konsequenz dieser Auffassung folgende Entschließung zur Betriebsrätewahl an:

„Die 3. Reichskonferenz für Betriebsvertretungen des Gesamt-Verbandes weist Funktionäre und Betriebsvertretungen erneut darauf hin, daß der Kampf ein besonders schwerer sein wird. Schwierige wirtschaftliche Verhältnisse, Kommunisten, Nationalsozialisten, Unorganisierte und Gelbe sind vor allem unsere Gegner. Es gilt jedoch, in diesem Kampf Sieger zu bleiben. Die Reichskonferenz erwartet deshalb von allen Funktionären und Betriebsvertretungsmitgliedern, daß sie die Agitation für die Wahlen in ihren Organisationsgebieten ganz energisch und mit aller Entschiedenheit betreiben. Die Belegschaften sind über die Folgen, die sich aus der Besetzung der Betriebsvertretungen mit anderen als freigewerkschaftlichen Vertretern ergeben, bereits vor den Wahlen genügend anzuklären. Als Kandidaten dürfen nur freigewerkschaftliche Mitglieder auf die Vorschlagslisten gesetzt werden. Die Konferenz ersucht unsere Mitglieder, sich für diese Posten freiwillig und in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Mitglieder, die sich auf Gegenlisten sowie kommunistischen oder nationalsozialistischen Vorschlagslisten aufstellen lassen, sind auf die Konsequenzen ihrer Handlungsweise hinzuweisen. Es ist ihnen klarzumachen, daß sie mit dem Ausschluß aus dem Verbandsverband zu rechnen haben. Die Reichskonferenz für Betriebsvertretungen des Gesamt-Verbandes ruft alle Verbandsmitglieder auf, für die Einheit der Gewerkschaften einzutreten, unsere besten Kollegen in die Betriebsvertretungen zu wählen und allen Arbeitnehmern klarzumachen, daß sie nur mit Hilfe starker Gewerkschaften ihre Lage verbessern können.“

Es bedarf bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen der allergrößten Anstrengung, um unsere Gegner zurückzuweisen und unsere gerade Bahn zum Ziel der Demokratisierung der Wirtschaft zu gehen. Es werden wieder neue Aufstiegsmöglichkeiten kommen. Da gilt es bereit zu sein! Je stärker unsere Gewerkschaft, um so erfolgreicher kann sie den Abwehrkampf organisieren, und um so besser kann sie sich bereit halten für kommende Zeiten zum Sturmangriff gegen den Kapitalismus. E. D.

Hörings Kriegsplan gegen die Arbeitslosigkeit

Erwerbslosigkeit ist kein statistischer Begriff, sondern ein Universal-Unglück.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind schon des öfteren Vorschläge und Richtlinien gemacht worden. Trotzdem ist sie nicht geringer geworden. Im Jahre 1930 wurden in Deutschland in jeder Minute zwei Personen erwerbslos. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Arbeitslosigkeit selbst nach der Frühjahrsbelegung einen hohen Stand behalten wird. Eine wesentliche Belegung der Wirtschaft kommt nicht von selbst, sondern muß durch die äußerste Anstrengung und nach jahrelanger Arbeit erreicht werden. Die Arbeitslosigkeit ist die Frage der Gegenwart, die Schicksalsfrage der meisten Industrieländer.

Der leitende Kopf des Reichsbanners, Otto Höring, hat einen Kriegsplan gegen die Arbeitslosigkeit aufgestellt. Dieser Kriegsplan wird in einer im Helios-Verlag, Berlin-Schmargendorf, erschienenen Broschüre von D. Curius näher behandelt. Die Schrift zeigt in kurzen und klaren Worten, welchen Schaden die Arbeitslosigkeit verursacht und wie dieser lähmende Druck so schnell wie möglich gemildert und beseitigt werden kann. Sie geht namentlich den Entschuldigungsgründen zu Leibe, die immer wieder gemacht werden. Da ist zum Beispiel die Weltwirtschaftskrise, womit jeder sein Nichtstun entschuldigt, der nur Mitteldenk statt Mittel vorzuschlagen weiß, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Darauf berufen sich die Statistiker und Konjunkturforscher, die wohl berechnen können, wie die Steigerung der Arbeitslosigkeit fortschreiten wird, die aber nicht sagen, was man tun könnte, um die ungünstige Wirtschaftsentwicklung umzuschalten. Deshalb wird in der Broschüre folgender Grundsatz aufgestellt: „Gesundung kommt nicht von selbst, sondern sie muß rechtzeitig gewollt, geplant, erzwungen werden!“

Je weiter wir uns vom Wahltag entfernen, so erklärt Höring, desto klarer tritt hervor, welcher unermeßlicher Schaden politisch und wirtschaftlich angerichtet wird. Außen- und innenpolitisch liegt — trotz aller Dementi — ein Trümmerhaufen vor uns, Wirtschaftsverfall, Geldverknappung, Kapitalflucht, Zusammenbruch fast aller Werte. Dazu kommt eine Unsicherheit, eine Schwüle, wie im Frühjahr 1924. Diesen unerträglichen, alles lähmenden Zustand schnell zu beseitigen, sollte Aufgabe aller Parteien sein, die sich zu einer starken Regierung, welche sich durch ihre Leistung Autorität verschafft, sofort zusammensetzen hätten. Zwei Dinge müssen allerdings scharf im Willen der Regierung erkennbar sein, und zwar muß rein politisch neben allen sonstigen Selbstverständlichkeiten dem hochverräterischen Treiben der Nationalsozialisten und Kommunisten, dem Straßenkampf mit Knüppel, Dolch, Revolver usw. und dem wüsten Treiben ihrer Presse ein radikales Ende gesetzt werden. Das sind Worte, die man durchaus billigen kann. Jedoch kann eine Gesundung der politischen Verhältnisse nur herbeigeführt werden, wenn die Wirtschaft in Gang gebracht, produktive, gewinnbringende Arbeit für viele Menschen und auf lange Zeit geschaffen wird. Wo hier der Hebel anzusetzen ist, zeigt Höring in seinem hier abgekürzt folgenden Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm:

1. Verlängerung der Schulzeit um ein Berufs Jahr. Die Verlängerung der normalen Schulzeit um ein volles Schuljahr nähme sofort Hunderttausende aus dem Arbeitsmarkt bzw. ersparte den ausgebildeten Jugendlichen zu Hunderttausenden die unerträgliche sonst unvermeidliche Arbeitslosigkeit.

2. Kontrolle von Mechanisierung und Stilllegung. Der Genehmigungspflicht und schärfster Kontrolle werden unterstellt: die Stilllegung von Arbeitsplätzen jeglicher Art, ferner alle Maßnahmen technischer und organisatorischer Natur, sofern die Zahl der beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter dadurch herabgesetzt wird.

3. Verkürzung der Arbeitszeit. Einführung der 42-Stunden-Arbeitswoche: Grundätzliches Verbot der Überstundenarbeit, des Doppelverdienens und Verhinderung jeder Schwarzarbeit, solange Erwerbslosse vorhanden sind.

4. Erwerbsverbot für Pensionäre und Beamte. Grundätzliches Verbot von Erwerbsarbeit aller Pensionäre, die mehr als 400 Mk. monatliches Einkommen beziehen. Den aktiven Beamten, Berufssoldaten und Angestellten der Behörden ist jeder Nebenwerb zu verbieten.

5. Verbot der Beschäftigung von Ausländern. Solange im Reich deutsche erwerbslose Kopf- und Handarbeiter vorhanden sind, dürfen Ausländer nicht beschäftigt werden.

6. Herabsetzung der Syndikatspreise. Die von den Syndikaten, Kartellen und Verbänden usw. festgesetzten Inlandpreise sind sofort nachzuprüfen und auf ihre angemessene Höhe herabzusetzen. Alle Verstöße dagegen sind als Wucher zu bestrafen. Organi-

satoren, die sich dieses Wuchers schuldig machen, sind aufzulösen, ihre Leiter wegen Wuchers zu belangen.

7. Gesetzliche Festlegung angemessener Höchstpreisen.

8. Ausreichende Preise für alle Produkte der Landwirtschaft ohne Verteuerung für die Konsumenten. Festlegung von angemessenen Mindestpreisen für alle Erzeugnisse der Landwirtschaft beim Erzeuger, Höchstpreise für die Konsumenten andererseits, um diese gegen Preistreiberi und unangemessen große Handelsspannen zu schützen.

9. Grob arbeitsbeschaffung durch sofortige Erbauung vieler großer Talsperren, um mit allen bisher ungenützten Wasserkraften Elektrizität zu erzeugen. Ferner die Erbauung großer Elektrizitätswerke an wirtschaftlichster Stelle.

10. Elektrifizierung der Eisenbahn. Ueberführung sämtlicher Eisenbahnen in Reichsbahnbefehl und sofortige Durchelektrifizierung des gesamten Eisenbahnnetzes.

11. Auflösung der freiwerdenden Kohle zu Del und Betriebsstoffen. Erbauung großer Anlagen zur Auflösung der Kohle jeder Art in Benzin, Benzol, Dole und Betriebsstoffe aller Art in allen Kohlenrevieren.

12. Starke Herabsetzung der Eisenbahn-, Personen- und Gütertarife, die Vermehrung des Eisenbahn- und Postverkehrs, Wiederherstellung des gewerbmäßigen Beförderungsmonopols der Deutschen Reichsbahn und Reichspost für Personen und Güter von Ort zu Ort.

13. Die Umformung der Wälder vom Boden 1. bis 4. Bodenklasse auf den Boden 5., 6. und niedriger Bodenklassen. Ergeben des gewonnenen guten Bodens für landwirtschaftliche Siedlungen.

14. Grundätzliches Verbot des Bebauens des Bodens 1. bis 4. Bodenklasse, außer für landwirtschaftliche Zwecke.

15. Sofortige Inangriffnahme der Wiederherstellung des entwerteten landwirtschaftlichen Bodens.

16. Sofortige Einziehung aller überflüssigen Flugplätze und Vergabe derselben für landwirtschaftliche Siedlungszwecke.

17. Vergabe mindestens der Hälfte der Exzerziplätze für landwirtschaftliche Siedlungen oder Forstwirtschaft.

18. Kultivierung der Moore und Deeländer.

Zweifelloos ein umfangreiches Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen Durchführung von außerordentlichem Nutzen wäre. Verheßen wollen wir uns nicht, daß dem Schwierigkeiten gegenüberstehen. Höring schlägt u. a. ein Direktorium für Arbeitsbeschaffung vor. Dieses

Auf die Vorschlagsliste zu der

Betriebsvertretungswahl

dürfen nur

freigewerkschaftlich organisierte Kollegen

kommen

Direktorium soll von der Reichsregierung ernannt werden. Ein beratender Ausschuß soll ihm zur Seite stehen. Dieser soll bestehen aus dem Reichswirtschaftsminister und acht ernannten Vertretern, ferner je einem Vertreter der Banken, der Landwirtschaft, der Industrie, der Schifffahrt, des Handels und des Gewerbes und je einem Vertreter der Gewerkschaften dieser Gruppen. Zur Finanzierung wird die Auflegung von Schulverschreibungen für produktive Arbeitsbeschaffung durch das Reich vorgeschlagen. Höring glaubt, daß das Vertrauen auf eine bessere Zukunft — durch eigene Taten begründet — die Arbeitsbeschaffung erleichtern würde. Zu den einzelnen Punkten des Programms wäre manches zu sagen. Die Punkte 1 bis 5 sind in der Tat geeignet, Hunderttausende von Personen, wieder in das Erwerbsleben einzuschalten und die Arbeitslosigkeit wesentlich zu vermindern. Die übrigen Punkte sind sicher wert, so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt zu werden. Namentlich gilt dies für die Herabsetzung der Syndikatspreise, die durch ein entsprechendes Gesetz, wonach die Syndikatsleiter wegen Wucher bestraft werden können, erzwungen werden könnten. Manche Programmpunkte liegen allerdings in weiter Ferne. Wollte man beispielsweise die 58 000 Kilometer der Reichsbahn elektrifizieren, so wären dafür riesenhafte Kosten nötig. Trotzdem sollte der Anfang gemacht werden, wie dies in Süddeutschland schon geschieht. Jedenfalls hat der Führer des Reichsbanners einmal ein praktisch zu verwirklichendes Programm vorgelegt, das in Einzelheiten abänderungsfähig, aber im großen und ganzen als gut durchdacht zu bezeichnen ist. Die Gewerkschaften werden sich mit ganzer Kraft für ein solches Programm einsetzen.

Indezahlen für die zweite Lohnabbauwelle?

Das Statistische Reichsamt scheint nach den neuesten Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die „wissenschaftliche“ Unterlage für eine weitere Lohnsenkungswelle schaffen zu wollen. Im vorjährigen Heft 23 von „Wirtschaft und Statistik“ wird neben den Reichsindeziffern ohne jede Begründung und Erklärung auf einmal als Ausgangsbasis für die Berechnung der Lebenshaltungskosten nicht mehr das Jahr 1913 genommen, sondern der Durchschnitt aus der Preisgestaltung der Jahre 1925 bis 1929. Jeder einsichtige Mensch wird eine Durchschnittsberechnung von so widerspruchsvoll und anormal verlaufenden Preisgestaltungen ablehnen müssen.

Zu welchem Zweck berechnet das Statistische Reichsamt neuerdings die Schwankungen der Lebenshaltungskosten an einer Zahl, die sich aus dem Durchschnitt der Indeziffern der Jahre 1925 bis 1929 ergibt? Darüber wird nichts berichtet. Die Absicht kann doch nur die sein, die Ergebnisse der neuen Indezberechnung auf die Lohnbemessung anzuwenden. Das dürfte ja demnächst auch offen gesagt werden. Vielleicht sollen aber, ehe man sich zu diesem Eingeständnis bequemt, etwaige Widerstände aus dem Wege geräumt werden.

Die Anwendungsregel für den Vergleich der Indeziffer mit dem Lohn wird nicht geändert werden. Die Löhne und die Lebenshaltungskosten für 1913 werden, wie bekannt, gleich 100 gesetzt. Die Änderungen für den gegebenen Augenblick werden im Prozentverhältnis festgesetzt. So kann bei einer Lohnverhandlung folgende Rechnung im Einzelfall aufgemacht werden: Indezlebenshaltung im Jahre 1913 = 100, im Jahre 1931 = 140,4, Stundenlohn im Jahre 1913 = 60 Pf., im Jahre 1931 = 90 Pf., Indezlohn im Jahre 1913 = 100, im Jahre 1931 = 150. Das ergibt dann nach Auffassung der Arbeitgeber, der Schlichtungsbehörden, des Reichsarbeitsministeriums und des Statistischen Reichsamts eine Steigerung des Reallohnes um 7 Proz. Abbaufähig ist also nach der Auffassung vorgenannter Personen und Behörden ein Mindestbetrag von 7 Proz. Diese Berechnung ist aber eine grobe Irreführung. Die Kosten der Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie werden nur bestritten von dem Nettolohneinkommen. In sehr vielen Fällen würde sich also folgender Vergleich ergeben:

	Stundenlohn Pfennig	Arbeitszeit pro Woche Stunde	Brutto-Einkommen		Ab Steuer, Versicherungsbeiträge		Netto-Einkommen Mark
			Mark	Mark	Mark	Proz.	
1913	60	60	36,—	1,44	4	34,56	
1930	90	48	43,20	4,32	10	38,88	

Bei 90 Stunden Arbeitszeit (1913) würde der Reallohn heute erreicht sein. Während beim Stundenlohn eine Steigerung um 50 Proz. eingetreten ist, ist das Bruttoeinkommen für die Woche nur um 20 Proz. und das allein vergleichbare Nettoeinkommen nur um 12,5 Proz. gestiegen. Die Indezahlen für die Lebenshaltung sind aber im Januar 1931 um 40,4 Proz. höher als 1913. Selbst wenn man nach dem Lohnabbau heute mit einem Durchschnittsstundenverdienst von 1 Mk. rechnet, ergibt sich gegenüber 1913 folgendes Resultat: Steigerung des Stundenlohns um 66,6 Proz., Steigerung des Bruttoeinkommens pro Woche um 33,33 Proz., Steigerung des Nettoeinkommens pro Woche um 25 Proz., Steigerung der Indezahlen um 40. In sehr vielen Fällen ist also für den Januar 1931 eine Minderung des Reallohnes (des Kaufwertes des Nettoeinkommens) um 10,8 Proz. festzustellen.

Diese einzig richtige Schlussfolgerung scheint den Herren im Reichsarbeitsministerium, die das Gegenteil behaupten, um den Lohnabbau „wissenschaftlich“ zu begründen, sehr unbequem zu sein. Es wird nun versucht, mit Hilfe des Statistischen Reichsamts den gegenteiligen Beweis zu führen. Die bisherige Ausgangsbasis für die Reichsindeziffern soll auf die Nachkriegszeit dergestalt verlegt werden, daß die Durchschnittsziffer der monatlichen Indezahlen für die Jahre 1925 bis 1929 (146,8) = 100 gesetzt wird. Daraus ergibt sich, daß die Ziffer 140,4, die für Januar 1931 errechnet wird = 95,6 festgestellt wird. Das wäre an sich eine rein rechnerische Umstellung, wenn nicht leider dasselbe System auch für die vergleichende Indezberechnung des Lohnes zur Anwendung kommen würde. Dann ergibt sich folgender Vergleich:

	Durchschnitt 1925—1929	Januar 1931
Indez-Lebenshaltung	(146,8) = 100	(140,4) = 95,6
Lohn (Facharbeiter)	(80 Pf.) = 100	(100 Pf.) = 125

Das ergibt eine Steigerung des Reallohnes von 95,6 auf 125, also um 30,7 Proz. Diese Auswirkung der neuen Indezberechnung würde ein Freudengeheul aller Arbeitgeberverbände auslösen. Das Stichwort für die zweite Lohnabbauwelle = „20 bis 30 Proz. Lohnabbau“ wäre von den amtlichen Stellen gegeben. Die Schlichtungsbehörden würden gehorsam einschwenken. Der deutsche Arbeiter würde, wie Anfang 1924, vielleicht 60 bis 70 Proz. des Reallohnes erhalten, den er 1913 verdient hatte. Die damalige Lohnrückerei ist die Folge der vorausgegangenen Inflation gewesen. Die Geldentwertung 1923 soll anscheinend durch die Entwertung der amtlichen Unterlagen für die vergleichende Indezberechnung ersetzt werden.

Das Vertrauen in eine einwandfreie und zutreffende Vergleichbarkeit der bestehenden Indeziffern ist nicht sehr groß. Wenn aber die vom Statistischen Reichsamt in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ begonnene Umstellung weitergeführt wird und sich auswirken würde, dann muß das zum Ausgangspunkt schwerster Erschütterungen des deutschen Wirtschaftslebens führen. Wir warnen zur rechten Zeit. Paul Schulz.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Lohnabbau-Offensive von Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, ist am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert. Jarres wollte die Arbeitnehmer der Hütte Ruhrort-Neiderich durch Unterschrift eines Reverses, also ohne Einwilligung der Gewerkschaften, zu einem 20prozentigen Lohnabbau verpflichten; nachdem das nicht gelang, wurde ab 21. Februar das Werk geschlossen.

Eine Novelle zum Wahlgesetz hat der Reichsrat am 19. Februar mit 56 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Novelle vermindert die Zahl der Wahlkreise von 35 auf 162, verringert durch Erhöhung des Wahlquotienten von 60 000 auf 75 000 die Zahl der Abgeordneten und hebt Reichsliste und amtlichen Stimmzettel auf.

Das Reichsbanner hat anlässlich des siebenjährigen Bestehens am 20. Februar im Berliner Sportpalast eine mächtige Kundgebung veranstaltet.

Reichsbanner-Aufmarsch in ganz Deutschland. Aus Anlaß der 7. Wiederkehr des Reichsbanner-Gründungstages, aber auch, um die Marschbereitschaft zum Schutze der Republik gegen alle Feinde von rechts und links zu dokumentieren, fanden am Sonntag, dem 22. Februar 1931, an allen größeren Orten des Reiches Kundgebungen und Aufmärsche statt. Zehntausende unserer Kollegen sind Mitglieder des Reichsbanners. Sie wissen, was auf dem Spiel steht. In den Schutzformationen (Schufs) als schärfste Abwehrtruppe, oder als Stammsformationen (Stafs) und als Jungbanner (Jungba) nahmen sie teil an diesen Aufmärschen. Im Berliner Lustgarten hielt der Bundesvorsitzende Hörsing eine Ansprache, worin er u. a. sagte: Das Reichsbanner hat die Republik sowie die Demokratie und die Freiheit des Gebauens geschützt und erhalten. Die 160 000 Mann der Schutzformationen, die heute marschbereit, auf das ganze Reich verteilt, die Republik bewachen, werden auch in Zukunft dem Staat gegenüber ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Das Reichsbanner bleibt auch weiter eine überparteiliche Organisation, es verlangt aber, daß die Langmut der Vertreter der Republik gegenüber den Feinden des Staates endlich aufhört. — In der Tat muß dringend gefordert werden, daß die Sicherheit der Person im politischen Leben Deutschlands endlich wieder erreicht wird!

23 Proz. Lohnabbau verlangen die schlesischen Textilindustriellen, die zu diesem Zweck alle lohnvertraglichen Vereinbarungen zum 31. März gekündigt haben.

Das englische Unterhaus hat den von der Arbeiterregierung geforderten 40-Millionen-Kredit für den Arbeitslosenfonds mit 251 gegen 220 Stimmen am 17. Februar angenommen.

Die spanische Regierungskrise ist am 18. Februar durch die Bildung eines Konzentrationkabinetts der Rechten und der monarchischen Liberalen unter Führung des Admirals Aznar vorläufig beendet.

Rapp-Butsch-Schhardt veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel, in dem er das alberne Treiben der Deutschnationalen und Nazis im Reichstage als „Selbstmord der nationalen Opposition“ bezeichnet, eine Anlehnung der Rechten an das Zentrum empfiehlt, um so die preußische Regierung in die Hände der Rechten zu bekommen.

Lessing - Heine

Lessing der Kämpfer

Auch wir, die deutschen Republikaner und Sozialisten, dürfen den 150. Gedenktag des Todes Lessings feiern: Daß Lessing zu den Größten der deutschen National-Literatur gehört, daß er den Rang als „Klassiker“ einnimmt, ist es nicht, was wir in Verehrung feiern: Er ist für uns nicht nur der beste Vertreter des echten deutschen Geistes im 18. Jahrhundert und derjenige, der der deutschen Klassik die Grundlagen legte: wir sehen in ihm auch den Vorkämpfer und Vorläufer dessen, was kommen sollte, den Schöpfer alles dessen, was an der bürgerlichen Epoche gut und groß gewesen ist. Er wurde geboren und lebte in der Zeit des vollendeten fürstlichen Absolutismus, dessen Fesseln keiner so sprengte wie er und wurde doch zum Vorkämpfer eines neuen und freien geistigen Europa, wie es eben nur durch ihn zum Traum der Besten seiner Zeit wurde, wie es in der Wirklichkeit der bürgerlichen Epoche des 19. Jahrhunderts kaum erreicht und dann im Kapitalismus und Nationalismus wieder erstickt wurde, und wie es uns als Ziel und Idealbild für die kommende Periode, die von einer neuen und besseren Schicht getragen werden soll, vor-schwebt: der Lessing, der vor über 200 Jahren geboren wurde und vor 150 Jahren früh starb, soll der Führer des 20. und 21. Jahrhunderts werden! — Sein Leben ist bekannt genug, seine Werke sind zum Teil vergessen, soweit sie zeitgebundene seines Jahrhunderts waren; doch seine Meisterwerke werden noch heute gelesen und aufgeführt, weil sie über allen Zeiten stehen und ewig sind. Und der Grundzug seines bunten und unruhigen Lebens ist, daß er ein Kämpfer im Geiste gewesen ist. — Unruhig und kampferfüllt war sein Leben. Geboren am 22. Januar 1729 im sächsischen Kamenz, studierte er in Meißen und Leipzig, lebte und arbeitete in Wittenberg, Berlin, wiederum in Wittenberg seit 1755 erneut in Leipzig und Berlin, in Breslau und Hamburg, von wo er endlich einen „Beruf“ (in bürgerlichem Sinne) in der Stellung eines Bibliothekars der herzoglichen Bibliothek von Wolfenbüttel (seit 1770, also im 41. Lebensjahr) fand. In der späten Ehe mit der jungen Witwe Eva König fand er 1776 ein herbliches Glück, um nach dem Tod der Frau und des Kindes auch die Tragik der Vereinsamung ganz fühlen zu müssen, und dann nach Vollendung der letzten und reifsten Veröffentlichungen im eben vollendeten 52. Lebensjahr zu sterben. Unermüdet hat er gestrebt und geschafft, seine lautere, reine Tapferkeit haben ihn von Kampf zu Kampf getragen, von den Muckern und engen Seelen verdächtigt, gefürchtet und gehaßt, fand er auch einige reingefinnte Freunde, die ihn schätzten. Unbekümmert und um die Güter des äußeren Lebens wenig besorgt, ging er seinen Weg bis zum Ende, selbst von strengster und ehrlichster Rechtlichkeit, konnte er Ungerechtigkeit und falsches Denken, Winkelzüge des Geistes nicht dulden und bekämpfte sie, wo sie ihm den Weg kreuzten. Das Wort Goethes, daß Mensch sein: „heißt Kämpfer sein“ gilt viel weniger vom Weimarer Olympier und Staatsminister Goethe, als von Lessing, dem reinsten und furchtlosesten Geiste, den Europa damals geboren hatte.

Beispiele für den unerschrockenen Kampfesmut Lessings, auch wenn es sich um Tagesgrößen der damaligen Gelehrtenwelt handelt, auch wenn er gegen die damals allmächtigen Kirchen oder gegen Lieblingsmeinungen der Öffentlichkeit ankämpfen sollte, sind die bekanntesten Streit-schriften gegen den „Dichter“ S. G. Lange, gegen den Philologen Klop, vor allem gegen den Hauptpastor Goetze in Hamburg, seine zahlreichen Abhandlungen und Briefe zur Literaturkritik, vor allem seine „Hamburgische Dramaturgie“ (1767 bis 1769). Aber zu allem befähigte ihn nicht nur seine kritische Begabung und seine rücksichtslose Wahrheitsliebe, er hatte als Grundlage eine Ausbildung in Theologie, Philosophie, alten und neueren Sprachen, ja sogar in den Naturwissenschaften, und ein unermüdetes Fleiß vervollständigte dauernd sein Wissen.

Und doch bleibt sein Hauptverdienst, einer neuen Zeit als Fackel-träger vorangegangen zu sein, dies in der Dichtkunst, im sittlichen Denken, in der neuen und reineren Auffassung von Religion. Was war es für die damalige Welt ein unerhörtes Beginnen, in seinem „Nathan“ (1779) nicht bloß, wie man ungenau heute sagt, die „Toleranz“ gelehrt zu haben, sondern die volle Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Religionen, die Gleichwertigkeit der Kulturen und Rassen, ja sogar in seinem heiligen Zorn und Gerechtigkeitsinn gerade die vielgeschmähte jüdische Religion und Rasse in den Mittelpunkt des Dramas zu setzen. Was war es, nicht für damals, sondern gerade auch für die heutige Gegenwart, wenn er sowohl im „Nathan“ wie in der „Erziehung des Menschengeschlechts“ (1780) nicht in der Bibel, nicht in allem, was die Kirchen an Lehre und Kultbräuchen aufweisen, den



Gotthold Ephraim Lessing

Hauptwert und den Inhalt der Religion zu sehen, sondern darin, daß sie das Menschengeschlecht zu einer reineren Sittlichkeit anleiten soll, daß aus der Kirchenreligion des alten und des neuen Testaments (die er gewissermaßen nur als „Elementarbücher“, als Fabeln für eine kindliche Stufe angesehen wissen wollte), dereinst eine Vernunftreligion herauswachsen sollte, als deren Lehrer und Driester er sich fühlte. — Und in der Literatur, besonders im Drama, hat er erst den Grund zum „bürgerlichen Drama“ mit seiner „Miß Sarah Sampson“ (1755) gelegt, während früher Könige, Götter und Helden des Altertums und der Bibel Gegenstand des Dramas waren; hat er in seinem unsterblichen Lustspiel „Minna von Barnhelm“ (1763) nicht die durch den Krieg verrohte Armee des „Großen Königs“, wie sie wirklich war, sondern das Idealbild des gültigen, stolzen menschlichen Offiziers, wie es sein sollte, gezeichnet. Nicht zu vergessen seine „Emilia Galotti“ (1772), in der er einen der verruchten fürst-

lichen Höfe des schrankenlosen Absolutismus in erschütternden und ewig gültigen Farben malte. So kämpfte er für den neuen Gedanken des bürgerlichen, des freien und sittlichen Menschen, für Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit.

Und unvergessen, wenn auch heute nicht mehr im einzelnen, sondern nur in den Grundgedanken gültig, ist sein Kampf für die neue Dichtung, mit dem er den Grund zum deutschen Klassizismus legte, die Ablehnung einer hohlen Nachahmung der Antike, wie die französische Literatur sie bot, eine Rückkehr zur wahren Größe des klassischen Altertums, wie er sie aus den Schriften der großen Griechen und Römer wiederherstellte, eine zweite Rückkehr zur Natur und zur dichterischen Gestaltung des ewig-Menschlichen, wie sie ihm einzig Shakespeare für uns Deutsche zu gewähren schien. Unvergessen ist heute nach über 150 Jahren der „Caokoon“ (1766), in dem er durch Darlegung der Grenzen zwischen Malerei und Dichtkunst überhaupt erst die Grundlagen einer am Gegenstand geschilderten, nicht durch abstrakte Erwägungen gewonnenen Kunstlehre legte; wenn auch heute die Beweisführung selbst, die alle Maßstäbe aus der Antike holte, nicht mehr allein gültig erscheinen wird.

Durch nichts mehr kann die Bedeutung des vor nunmehr 150 Jahren verstorbenen Dichters und Denkers klar gemacht werden, als daß man ehrlicherweise heute, in einer Zeit der Gärung, des Ubergangs der Unklarheit, in der alle Grenzen schwanken und alle bisherigen Begriffe unklar geworden sind, in der die Gelese des Staatischen, des sittlichen, gesellschaftlichen und künstlerischen Lebens sich umwälzen, ausrufen möchte: Nur ein Lessing kann uns die neue Klarheit in allem bringen, nur ein zweiter Lessing muß in einem neuen Caokoon zeigen, was denn eigentlich in den Künsten noch als „schön“ zu gelten hat, nur ein Lessing kann in dem verkrampften Streit der Nationen, der Klassen und Rassen uns wieder, wie in der berühmten Ringsabel seines „Nathan“ lehren, wie alles nur wechselnde Form in der Geschichte ist, hinter der das rein Menschliche zu suchen unsere Aufgabe ist.

Prof. Dr. B. Mauerbrecher, Schwab. Tagwacht.

Der „Flüchtling“ Heine

„Nicht, weil er ein Jude ist, sondern weil er so innerlich haltlos und wechselnd und darum auch in seinem Dichten so schwankend, so manieriert und gekünstelt und unberechenbar ist“ — deswegen lehnen ihn die gutbürgerlichen Literaturhistoriker auch heute noch ab. Er wurde „stark von der politischen Strömung ergriffen und trieb zuletzt auch in der trüben Flut der Verneinung“, meint Otto Leigner in seiner Hauspostille, die sich „Deutsche Literaturgeschichte“ nennt. Sie falten, wenn sie ihn nicht wüßschäumend verlästern, die Hände über den Bauch und sagen bedauernd: „Schade, daß dieser bedeutende Dichter sich mit der schmutzigen Politik abgegeben hat!“ Und fügen achselzuckend hinzu: „Nu ja, er war eben doch ein Jude!“ — Dieses traurige Gesicht ahnt ja gar nicht, was der Uebergang eines Dichters zur Tageschriftstellerei bedeutet. Daß endlich in dem von dreißig Potentaten und ihren Spitzeln und Ministern niedergehaltenen Deutschland einer Schlüß machte mit dem Dachstubenidyll des Poeten, die Harse des Lyrikers weggeworfen und mit der spitzen Feder des politischen Satirikers, des Feuilletonisten, vertauscht hat. Der Mann soll „haltlos“ und „unberechenbar“ gewesen sein, der auf den früh erworbenen Dichtlorbeer, auf die Bewunderung ganz Deutschlands, ja Europas verzichtet, in die Verbannung geht und hier, begeistert und gefürchtet von seinen Landsleuten, seine wahre Mission erfüllt: die Schädlinge und Dunkelmänner, die sein geliebtes Vaterland drangsalieren, zu züchtigen und, weit wirksamer als die bürgerlichen Demokraten von 1848 es getan haben, der geistigen Befreiung von Karl Marx vorzuarbeiten! — Heinrich v. Treitschke hat etwas von dem „freiwilligen Flüchtling Heinrich Heine“ gefaselt, um ihn herabzusetzen. Ein flüchtiger Blick auf seine Lebensgeschichte kraßt den nationalliberalen Heros Lügen. Der Dichter, der den Deutschen die sangbarste Lyrik geschenkt hat, volkstümliche Strophen wie: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“, „Die Lotosblume“, „Im wunderschönen Monat Mai“, „Du bist wie eine Blume“, „Die beiden Grenadiere“, „Die Wallfahrt nach Kevelaer“, ist der Sohn eines Düsseldorfer Tuchhändlers gewesen, 1799, als er geboren wurde, war die Stadt von den Franzosen besetzt. Aber sie „seufzte“ nicht etwa unter dieser „Fremdherrschaft“, sondern sie fühlte sich sehr viel wohler dabei als unter der preußischen Krute. Alles, was fortschrittlich geinnt war, Juden so gut wie Christen, war franzosenfreundlich. Ohnehin hat ja das Rheinland dem preußischen Staat die besten Köpfe geschenkt: den Freiherren vom Stein, einen Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel.

Heinrich sollte, nachdem er das französische Lyzeum absolviert hatte, Kaufmann werden. Aber der „jüdische Schacherinn“, zeigte sich weder in seiner Frankfurter noch in seiner Hamburger Lehrzeit. Hier, in der Hanseatenstadt, die er glühend gehaßt hat um ihrer heuchlerischen Wohlstandigkeit willen, dichtete er seine schöne Base Amalie an. Hier fand er auch seinen Verleger: das Haus Hoffmann u. Campe, das an ihm schwer reich geworden ist. Von seinem wohlhabenden Hamburger Onkel Salomon unterstützt, gab er die Kaufmannschaft auf und studierte in Göttingen, Bonn und Berlin Rechtswissenschaft. Auch sein Studium hat er nicht als „Brotstudium“ aufgefaßt, sondern als seine politische und künstlerische Lehrzeit. In Göttingen herrschte die finstere hannoversche Reaktion, der die „Göttinger Sieben“ — jene freisinnigen Professoren, unter denen sich die Brüder Grimm befanden — zum Opfer fielen. In Weimar erlebte er an Goethe, der ihn als der zugeknöpfte, hochnässige alte Geheimrat, nicht wie ein Dichter den Dichter, empfing, eine schwere Enttäuschung. Einzig in Berlin, wo 1822 auch sein erster Gedichtband herauskam, der sofort einen Riesenerfolg hatte, fand er einen gleich gesinnten Kreis geistig bedeutender Menschen. Heine hat mit seinen romantischen Ge-

dichten die Zeitstimmung vorzüglich getroffen. Es ist Abschiedsstimmung in ihnen: die Wehmut über den Untergang der alten, erdgebundenen Volkskultur, die der Maschine weichen wird und der von einem entwurzelten Proletariat bevölkerten Großstadt. Leidenschaftlich klammern sich die Dichter noch einmal an die Natur. Wie hat ihnen — einem Eichendorff, einem Lenau — das Posthorn lieblicher geklungen als in den Tagen, da man in England bereits an der ersten Lokomotive baute. Die Gefahr war nur, daß man sich an die versinkende Welt verlor und sich in die schwärmerische Bewunderung des Mittelalters verspann, am Ende gar mystisch oder katholisch wurde, wie das damals von den Höfen aus, namentlich dem bayerischen, aber auch dem protestantischen preussischen, sehr gefördert wurde.

— Gegen diese Gefahr war ein so scharfer, helläugiger Geist wie Heinrich Heine gefeit. Den Künstler in ihm — und das war das „Unberechenbare“ — kontrollierte der Verstand, der untrügliche politische Instinkt. Er liebte es, eine romantische Schwärmerei am Schluß durch ein ironisches Gelächter zu zerstören und damit die Spießer und alten Jungfern zu verärgern. Er streute in seine schönste Lyrik bissige Glossen über wohlhabende Bürger, Pfaffen und Geheimräte ein. Auf eine antisemitische Antempelei des Grafen Platen in München hat er mit schneidendem Hohn geantwortet und sich dadurch die Professur an der Münchener Universität verschert. In Preußen war man auch schon aufmerksam auf ihn geworden. Es hätte ihm bestimmt viel Schlimmeres geblüht als dem harmlosen Fritz Reuter, diesem unschuldigen Opfer Metternichscher Demagogerie, wenn ihm nicht die „mächtigste Hand in Europa“, nämlich die des Fürsten Metternich selber, eines Verehrers seiner Muse, „gewinkt“ hätte. Er empfängt auf englischem Boden, in Helgoland, mit un-

bändigem Jubel die Kunde von der Pariser Julirevolution — dann scheidet er für immer von Deutschland, um in Paris seine Atmosphäre zu finden, die seinem Schaffen unendlich viel günstiger ist als das große Zuchthaus des Vormärz.

Er hat nicht zu hungern brauchen. Außerlich war seine Existenz gesichert. Er lebte in glücklicher Ehe mit Frau Mathilde, die er sich aus einem Modeton herausgeholt hatte. Vielen Landsleuten, darunter auch Heibel und Richard Wagner, der ihn später so abscheulich verunglimpft hat im „Judentum in der Musik“, ist er großmütig und stets freundlich beigegeben. Aber während er in „Atta Troll“ und „Deutschland, ein Wintermärchen“ die bis heute unerreichten Meisterwerke politischer Satire schuf, verzehrte ihn das Heimweh, wie es aus dem Gedicht „Ich hatte einst ein schönes Vaterland“ aufklingt, und nagte ein fürchterliches Leiden, die Rückenmarksdarre, an seinem schwächlichen Körper. Acht Leidensjahre hindurch hat er ihm in seiner „Matragruft“ mit ungetrübter Geistesfrische standgehalten. Ganz zuletzt ließ er sich noch einmal vor das Marmorbild der Venus von Milo fahren, dann ist er endlich am 17. Februar 1856 von seinen Schmerzen, zu denen sich auch noch ein Augenleiden gesellte, erlöst worden.

Unsere Pflicht ist es, sein Gedächtnis von allen schmutzigen Anwürfen der Nationalsozialisten und Judenfresser zu reinigen und ihm, dem noch immer Verkannten und Verlästerten, ein Denkmal der Treue in unserem Herzen zu errichten. — Denn er war unser. Hermann Heberl. „Märk. Abendpost“.

Weltlauf

Hat man viel, so wird man bald	Wenn du aber gar nichts hast,
Noch viel mehr dazu bekommen.	Neh, so lasse dich begraben —
Wer nur wenig hat, dem wird	Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Auch das wenige genommen.	Haben nur, die etwas haben.

Heinrich Heine



Heinrich Heine (1797-1856)

Aus „Deutschland, ein Wintermärchen“ von Heinrich Heine

Während die Kleine von Himmelslust
Getrillert und musiziert,
Ward von den preußischen Douaniers
Mein Koffer visitiert.

Beschnüffelten alles, kramten herum
In Hemden, Hosen, Schnupftüchern;
Sie suchten nach Spizen, nach Bijouterien,
Auch nach verbotenen Büchern.

Ihr Toren, die ihr im Koffer sucht!
Hier werdet ihr nichts entdecken!
Die Konterbande, die mit mir reist,
Die hab' ich im Kopfe stecken.

Hier hab' ich Spizen, die feiner sind
Als die von Brüssel und Mecheln,
Und pack' ich einst meine Spizen aus,
Sie werden euch sticheln und hecheln.

Im Kopf trage ich Bijouterien,
Der Zukunft Krondiamanten,
Die Tempelkleinodien des neuen Gotts,
Des großen Unbekannten.

Und viele Bücher trag' ich im Kopf!
Ich darf es euch versichern,
Mein Kopf ist ein zwischernodes Vogelneß
Für das konfiszierlichen Büchern.

Glaubt mir, in Satans Bibliothek
Kann es nicht schlimmere geben;
Sie sind gefährlicher noch, als die
Von Hoffmann von Fallersleben! —

Ein Passagier, der neben mir stand,
Bemerkte mir, ich hätte
Jetzt vor mir den preußischen Zollverein,
Die große Douanenkette.

„Der Zollverein“ — bemerkte er —
„Wird unser Volkstum begründen,
Er wird das zerplitterte Vaterland
Zu einem Ganzen verbinden.“

Er gibt die äußere Einheit uns,
Die sogenannte materielle;
Die geistige Einheit gibt uns die Zensur,
Die wahrhaft ideale —

Sie gibt die innere Einheit uns,
Die Einheit im Denken und Sinnen;
Ein einiges Deutschland tut uns not,
Eintig nach außen und innen.“

Im nächstlichen Walde humpelt dahin
Die Chaise. Da kracht es plötzlich —
Ein Rad ging los. Wir halten still.
Das ist nicht sehr ergötzlich.

Der Postillon steigt ab und eilt
Ins Dorf, und ich verweile
Im Mitternacht allein im Wald,
Ringsum ertönt ein Geheule.

Das sind die Wölfe, die heulen so wild
Mit ausgehungerten Stimmen,
Die Lichter in der Dunkelheit
Die feurigen Augen glimmen.

Sie hörten von meiner Ankunft gewiß,
Die Bestien, und mir zu Ehre
Illuminierten sie den Wald
Und singen sie ihre Chöre.

Das ist ein Ständchen, ich merke es jetzt,
Ich soll gefeiert werden!
Ich warf mich gleich in Positur
Und sprach mit gerührten Gebärden:

Mittwölfe! Ich bin glücklich, heut
In eurer Mitte zu weilen,
Wo so viel' edle Gemüter mir
Mit Liebe entgegenheulen.

Was ich in diesem Augenblick
Empfinde, ist unermesslich;
Ach, diese schöne Stunde bleibt
Mir ewig unvergänglich.

Ich danke euch für das Vertrauen,
Womit ihr mich beehret,
Und das ihr in jeder Prüfungszeit
Durch treue Beweise bewähret.

Mittwölfe! Ihr zweifelst nie an mir,
Ihr liebet euch nicht fangen
Von Schelmen, die euch gesagt, ich sei
Zu den hunden übergegangen,

Ich sei abtrünnig und werde bald
Hofrat in der Kammerhürde —
Dergleichen zu widersprechen war
Ganz unter meiner Würde.

Der Schafpelz, den ich umgehängt
Zuweilen, um mich zu wärmen,
Glaubt mir's, er brachte mich nie dahin,
Für das Glück der Schafe zu schwärmen.

Ich bin kein Schaf, ich bin kein Hund,
Kein Hofrat und kein Schellfisch —
Ich bin ein Wolf gelieben, mein Herz
Und meine Zähne sind wölfisch.

Ich bin ein Wolf und werde stets
Auch heulen mit den Wölfen —
Ja, zählt auf mich und helft euch selbst,
Dann wird auch Gott euch helfen!“

Das war die Rede, die ich hielt,
Ganz ohne Vorbereitung,
Versümmelt hat Kolb sie abgedruckt
In der „Allgemeinen Zeitung“.

Der Kaiser blieb plötzlich stille stehn,
Und sah mich an mit stieren
Augen und sprach: „Um Gottes Willn,
Was ist das, Guillotiniern?“

Das Guillotiniern — erklärte ich ihm —
Ist eine neue Methode,
Womit man die Leute jeglichen Stands
Dem Leben bringt zu Tode.

Bei dieser Methode bedient man sich
Auch einer neuen Maschine,
Die hat erfunden Herr Guillotin,
Drum nennt man sie Guillotine.

Du wirst hier an ein Brett geschwallt; —
Das senkt sich; — du wirst geschoben
Geschwinde zwischen zwei Pfosten; — es
Ein dreieckig Beil ganz oben; — hängt

Man zieht eine Schnur, dann schießt herab
Das Beil, ganz lustig und munter;
Bei dieser Gelegenheit fällt dein Kopf
In einen Sack hinunter.

Der Kaiser fiel mir in die Red':
„Schweig still, von deiner Maschine
Will ich nichts wissen, Gott bewahr',
Daß ich mich ihrer bediene!“

Der König und die Königin!
Geschwallt an einem Brettel!
Das ist ja gegen allen Respekt
Und alle Etikette!

Und du, wer bist du, daß du es wagst,
Mich so vertraulich zu duzen?
Warte, du Bürschchen, ich werde dir schon
Die kecken Flügel stußen!

Es regt mir die innerste Galle auf,
Wenn ich dich höre sprechen,
Dein Odem schon ist Hochverrat
Und Majestätsverbrechen!“

Als solchermaßen in Eifer geriet
Der Alte und sonder Schranken [heraus
Und Schöpfung mich ansahob, da plagten
Auch mir die geheimsten Gedanken.

Herr Rotbart — rief ich laut — du bist
Ein altes Fabelwesen,
Geh', leg' dich schlafen, wir werden uns
Auch ohne dich erlösen.

Die Republikaner lachen uns aus,
Sehn sie an unserer Spitze
So ein Gespenst mit Szepter und Kron',
Sie rissen schlechte Wiße.

Das Beste wäre, du bleibest zu Haus,
Hier in dem alten Koffhauer —
Bedenk' ich die Sache ganz genau,
So brauchen wir gar keinen Kaiser.

Geh nicht zurück und bleib bei uns;
Hier herrschen noch Zucht und Sitte,
Und manches stille Deranügen blüht
Auch hier, in unserer Mitte.

Bleib bei uns in Deutschland, es wird dir
Jetzt besser als ehmal's munden; [hier
Wir schreiten fort, du hast gewiß
Den Fortschritt selbst gefunden.

Du selbst bist älter und milder jetzt,
Wirft dich in manches schicken,
Und wirft sogar die Vergangenheit
In besserem Lichte erblicken.

Ja, daß es uns früher so schrecklich ging
In Deutschland, ist Liebertreibung;
Man konnte entrienen der Knechtschaft,
In Rom durch Selbstentlebung. [wie einst

Gedankenfreiheit genöß das Volk,
Sie war für die großen Massen,
Beschränkung traf nur die geringe Zahl
Derjenigen, die drucken lassen.

Gesehlose Willkür herrschte nie,
Dem schlimmsten Demagogen
Ward niemals ohne Urteilspruch
Die Staatskorkarde entzogen.

So übel war es in Deutschland nie,
Trotz aller Zeitbedrängnis —
Glaub' mir, verhungert ist nie ein Mensch
In einem deutschen Gefängnis.

Es blühte in der Vergangenheit
So manche schöne Erscheinung
Des Glaubens und der Gemütlichkeit!
Jetzt herrscht nur Zweifel, Verneinung.

Das alte Geschlecht der Heuchelei
Verschwindet, Gott sei Dank heut,
Es sinkt allmählich ins Grab, es stirbt
An seiner Lügenkrankheit.

Es wächst heran ein neues Geschlecht,
Ganz ohne Schminke und Sünden,
Mit freien Gedanken, mit freier Luft —
Dem werde ich alles verkünden.

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen:

„Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gefät den Geist
Der Rebellion: Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinde.“

Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Wo ihrer drei beisammenstehn,
Da soll man auseinandergehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

Es ließe seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildehaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

Wer auf der Straße räsonniert,
Wird ungerührt süffiliert;
Das Räsonnieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestraft werden.

Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.“

Todeskampf der Freiheit

IV.

Im Norden, im Süden, in ganz Italien, überall ist es dieselbe Sache. Die neuen Reichen, die Schieber aller Sorten, die mit allem spekuliert und sogar aus dem Blut ihrer im Krieg gefallenen Kinder Geld gemacht haben, sind die Führer dieser Konterrevolution. Es gibt die Arbeiterorganisationen zu vernichten. Was diese Leute fürchten, sind ja nicht die Demonstrationen auf den Straßen, die revolutionären Rufe, der Grimm derer, die von der Front zurückkommen: sie fürchten die Eroberung des Parlaments, die Eroberung der Stadtverwaltung, die Macht der Arbeiterkooperativen.

Es gibt Provinzen, in denen der Sozialismus eine gewaltige Erziehungsarbeit geleistet hat, wo jede Eroberung auf dem Boden der Legalität errungen wurde, wo die Führer sich nicht die Aufgabe stellten, Unzufriedene mit sich fortzureißen, sondern den Grund der Unzufriedenheit zu beseitigen. Dort hat der Sozialismus Werke geschaffen, die die ganze Welt bewundert. Die großen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Ravenna, die der heute im Exil lebende Genosse Nullo Baldini leitete, die sozialen Einrichtungen von Reggio Emilia, wo Prampolini mit evangelischer Milde als Apostel des Sozialismus wirkte, die großen genossenschaftlichen Unternehmungen von Turin und Mailand — auf all dieses hat man es abgesehen, denn hier kommt mitten in der kapitalistischen Gesellschaft die Fähigkeit der Arbeiter zum Ausdruck, die Produktion zu leiten, sie sind gewissermaßen ein Vorwegnehmen der kommenden Gesellschaft.

Unter diesem furchtbaren Sturm verliert das Proletariat weder seinen Mut noch seinen Glauben. In den großen Städten vermag es zu Anfang noch seinen Willen durchzusetzen. Auf dem Lande stellt es oft der Gewalt die Gewalt, dem Brande den Brand entgegen. Um die Arbeiterkammer von Casale zu besetzen, haben die Faschisten einen mehrstündigen Kampf liefern müssen. Um in das Volkshaus von Siena einzudringen, das von den Arbeitern verteidigt wird, müssen die Schwarzhemden den Beistand des Heeres anrufen, das ihnen durch Kanonenschüsse eine Bresche öffnet. In Empoli werden Matrosen, die das Volk für Faschisten hält, umgebracht. Durch lokale Streiks versucht die Arbeiterklasse die Behörden zur Entwaffnung der Söldnerscharen zu zwingen.

Aber dieser Widerstand der Massen erfolgt epifenomenal, ohne Einheitlichkeit und vorgefaßten Plan. Von der sozialistischen Partei wird jetzt die Parole ausgegeben, abzuwarten. Ein Aufruf des Parteivorstandes verlangt die Rückkehr zu zivilisierten Formen des politischen Kampfes. Es kommt so weit, daß sogar die reaktionäre Presse sich gegen die „berufsmäßigen Abenteuer“ der Faschisten wendet. Der Faschismus fühlt sich von Haß umgeben. Nun erklärt sich Mussolini bereit, einen Pakt des Friedens zu schließen.

Die Situation scheint günstig. Bonomi, der auf Giolitti gefolgt ist, erbietet sich, als Schlichter und Friedensstifter zwischen Sozialisten und Faschisten zu wirken. Der Kammerpräsident de Nicola hegt denselben Ehrgeiz. Einige Abgeordnete eröffnen die Unterhandlung, unter ihnen der Sozialist Saniboni der heute im Zuchthaus eine auf dreißig Jahre lautende Verurteilung verbüßt. Am 3. August wird der Pakt unterzeichnet: Sozialisten und Faschisten verpflichten sich, ihre gegenseitige Propaganda nicht zu verhindern und ihre bewaffneten Organisationen aufzulösen. Aber dieser Pakt sollte nur ein Eintagsleben haben. Kaum daß er veröffentlicht ist, werden die Agrarier auffässig. Sie wollen keinen Frieden mit den „Marxisten“. In Bologna werden Couplets gegen Mussolini gesungen. Bei einer Zusammenkunft des dortigen Faschistenkomitees ist die Stadt mit Maueranschlägen voll Schmähsungen für den „Duce“ tapeziert. „Wer einmal verraten hat, wird immer verraten“, so lautet das Leitmotiv der Polemik gegen Mussolini. Die Faschistenführer in den Provinzen sind als gehorsame Botengänger der Agrarier alle gegen Mussolini. Nur Cesare Rossi, der später auf dramatische Weise vor das Sondertribunal kommen sollte, um von seinen früheren Kameraden zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt zu werden, hat damals seinem Führer die Treue gehalten.

Es hat den Anschein, als wollte Mussolini den Pakt ernst nehmen. „Ich werde diesen Friedensvertrag mit all meinen Kräften verteidigen“, schreibt er in seiner Zeitung. „Die Situation ist überwältigend einfach: wenn der Faschismus mir nicht folgt, so kann mich niemand zwingen, dem Faschismus zu folgen. Man nennt mich den Duce, und ich habe das Wort hingehen lassen, das mir nicht gefiel, aber den anderen recht war. Es ist eine objektiv unberechtigte Reform. Wir sind zu zahlreich, und eine

Abspaltung ist unvermeidlich. So möge sie kommen. Der Friedenspakt wird ein gutes Reagens sein.“

Als ihm die Zusammenkunft von Bologna ein Mißtrauensvotum gibt, tritt Mussolini zurück. Aber dieser Familienzwist soll nicht lange dauern. Sobald er sich allein sieht, entschließt er sich zum Nachgeben. Beim ersten faschistischen Kongreß in Rom macht er seinen Frieden mit den agrarischen Gegnern des Paktes, und als dann blutige Zusammenstöße mit der römischen Bevölkerung stattfinden, erklärt er, der Pakt wäre tot und begraben.

Wenige Tage später ermorden die Schwarzhemden den Buchdrucker Müller in Triest und den sozialistischen Führer Baldori in Cremona. Die faschistischen Strafexpeditionen werden in schärferer Form wieder aufgenommen. Und nun ertönen in den Straßen von Rom, von Mailand, von Florenz Rufe, die das Unwetter verkünden: „Nieder mit dem Parlament, es lebe die Diktatur!“, während jämmerliche Politiker in Montecitorio in ihrer kleinen Wahlküche weiterwursteln und sich Dorteil von dem Unheil versprechen, das auch sie vernichten sollte.

In der Tat erwies sich die nun folgende Krise als noch verworrener als die vorhergehende, und sie stellte die moralische Jämmerlichkeit des Parlaments in grelles Licht. Feigheit, Eifersucht, Unfähigkeit, niedrige Gesinnung, das waren die Eigenschaften und Gefühle, die zutage traten. Die herrschende Klasse Italiens war, natürlich mit persönlichen Ausnahmen, in voller moralischer Zersetzung. Sie hatte keinerlei Bewußtsein der Gefahren, die die Nation bedrohten. In ihrer Mittelmäßigkeit vermochte sie es nicht, sich über die kläglichen persönlichen Zänkereien und Eifersüchteleien zu erheben und zu einem Ueberblick über die Krise des Landes zu kommen und über die Mittel ihrer Lösung. Das Land brauchte einen Mann als Regierungsoberhaupt. Statt dessen bot die Mehrheit einen Herrn Facta an, einen lächerlichen und grotesken alten Herrn, der geistig und körperlich eine Karikatur der Autorität war.

Aber die Zeiten sind für Plaghalter nicht günstig. Seit dem Abschluß der Konferenz von Genua hat der Bürgerkrieg wieder angefangen, und zwar mit verdoppelter Schärfe. In Genua, in Fiume, Mailand und Parma kommt es zu heftigen Kämpfen zwischen dem „Bund der Arbeit“ und dem Faschismus. Gegen Ende Mai steht das Land von einem Ende zum anderen im vollen Bürgerkrieg. — Die Order zur Niederlegung der Arbeit wurde den Organisationen am Morgen des 31. Juli mitgeteilt, als die Ministerkrise noch andauerte. Wenn es möglich gewesen wäre, die politische PreSSION der Parlamentsfraktion mit dem Druck des Streiks zusammenwirken zu lassen, wie das ein Jahr später beim Kapp-Putsch in Deutschland geschah, hätte man vielleicht das Hinabgleiten des Landes zur Diktatur aufhalten können. Leider aber bestand keinerlei Fühlung zwischen Massen und Parlament.

Die Arbeiter leisteten dem Befehl ihrer Organisation mit Disziplin, wenn nicht mit Enthusiasmus Folge. Der Streik war allgemein und umfaßte die gesamte Produktion. Auch die öffentlichen Dienste wurden stillgelegt. Aber das waffenlose und auch etwas verführte Proletariat war nicht mehr imstande, es mit dem Faschismus auf dem Boden der materiellen Macht aufzunehmen. Wohl kämpfte es in verschiedenen Städten mit dem Mut der Verzweiflung. Es hielt die Streikbrecher in Schach und wies alle faschistischen Versuche, die Arbeiter ihren Organisationen zu entfremden, mit großer Ruhe zurück. In den Großstädten waren die Faschisten Herren des Zentrums, während den Sozialisten die peripherischen Arbeiterviertel blieben.

Aber die Arbeiterfront fing schon an, schwere Verluste zu erleiden. Novara war durch eine großzügige faschistische Aktion, bei der es mehrere Tote gab und unsere Volkshäuser und Kooperativen verbrannt wurden, niedergeworfen worden. In Ravenna bemächtigten sich die Faschisten der Stadt nach einem Gefecht, bei dem zwölf Tote blieben und der berühmte Palast Byron, der Sitz der sozialistischen Arbeitergenossenschaften, in Flammen aufging.

Der proletarische Widerstand konzentrierte sich jetzt auf das industrielle Dreieck von Mailand, Turin und Genua. Ein Anfang Juni unternommener Versuch, Mailand zu besetzen, war gescheitert. Der Generallstreik bot nun die zweite Gelegenheit und diesmal den Erfolg. Sobald die Streikhorden bekannt wurde, antworteten die Faschisten mit einem Ultimatum, in dem erklärt wurde, daß sie für die Wiederherstellung der Ordnung sorgen würden, falls nach achtundvierzig Stunden die Arbeit nicht wieder aufgenommen werde. Am Morgen des 3. August wurden die Horden losgelassen, um das Mailänder Rathaus zu besetzen.

Bericht über die Reichsbetriebsräte-Konferenz des G.-V.

Am 16. und 17. Februar 1931 fand im Berliner Gewerkschaftshaus die erste Reichsbetriebsrätekonferenz des Gesamt-Verbandes statt, an der einschließlich der Vertreter der Bezirksleitungen und des Verbandsvorstandes 249 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Die niederländische Fachvereinigung (Bundesvorstand), die zurzeit durch eine fünfköpfige Kommission die Bestimmungen und Auswirkungen des Betriebsrätegesetzes in Oesterreich, in der Tschechoslowakei und in Deutschland untersuchen läßt, hatte zwei ihrer Kollegen zu der Tagung entsandt.

In der Begrüßung weist Kollege Riedel, der Vorsitzende der Betriebsräteabteilung des Gesamt-Verbandes, darauf hin, daß seit dem Zusammenschluß im Gesamt-Verband die Betriebsräte in der Hauptsache getrennt marschieren sind. Das soll nun durch eine einheitliche Zusammenfassung auf der Grundlage eines bestimmten Organisationsplanes vermieden werden. Eine Zusammenfassung ist auch schon deshalb notwendig, damit die Schlagkraft der Organisation und die Einheitlichkeit der Arbeit der Betriebsräte gewahrt wird. Die Konferenz wählte die Kollegen Riedel und Scham zu Vorsitzenden, die Kollegen Brig (Brleg), Thalhammer (München), Müller (Neumünster) und Vogel (Schwenningen) zu Beisitzern. In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt die Kollegen Stender, Lauschke, Barfknecht, Hertel, Braun und Kirschke.

Kollege Becker vom Verbandsvorstand betonte im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und den Niedergang der Wirtschaft die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und der Hebung des Konjunks. Vorschläge in dieser Richtung haben der ADGB und die Sozialdemokratische Partei dem Reichstag unterbreitet. Die allerorten einsetzenden Bestrebungen auf Senkung der Löhne und auf Mehrarbeit zwingen die Betriebsräte, gegenüber dem Vorstoß der Arbeitgeber in Stellung zu gehen. Eine weitere Verschärfung in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird durch die Absicht eintreten, die Löhne noch weiter abzubauen, als es bisher schon geschehen ist. Die Betriebsräte stehen in dem Kampf um Erhaltung der gewerkschaftlichen Errungenschaften an erster Stelle.

Kollege Scham wies darauf hin, daß gerade die Betriebsräte nur dann positive Arbeit leisten können, wenn sie in enger Verbundenheit mit den freien Gewerkschaften stehen. Eine Gefahr für die Betriebsräte hat sich in letzter Zeit deutlich darin gezeigt, daß die Gegner der freien Gewerkschaften, die Nationalsozialisten und Kommunisten z. B. bei Entlassungen die Betriebsräte haßbar machen wollen.

Kollege Riedel sprach als erster Referent über „Die Betriebsvertretungen im Gesamt-Verband“. Die enge Verbundenheit zwischen Betriebsräten und Organisation gibt erst die Gewähr einer wirklich praktischen Tätigkeit des Betriebsrats. Gerade jetzt, wo die Betriebsräte eine Pufferstellung zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitern bzw. Unternehmern einnehmen, müssen sie sich an eine starke Gewerkschaft anlehnen können. Die Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen, die Verschlechterung in der Rechtsprechung und der Kampf um die öffentliche Wirtschaft zettigen eine gesteigerte Tätigkeit der Betriebsvertretungen. Diese Dinge geben Veranlassung, die Reichskonferenz für Betriebsvertretungen einzuberufen, um die Waffen zu prüfen und um uns der Mitarbeit der Betriebsräte zur Erhaltung und Festigung der Rechte der Arbeitnehmer in den Betrieben zu versichern.

Wir haben alle Arten von Betriebsvertretungen, die das BRG kennt, in unserer Organisation, angefangen vom Betriebsobmann bis zum Hauptbetriebsrat. Diese Tatsachen zwingen die Organisation, die Betriebsvertretungen innerhalb des Verbandes zusammenzuhalten, damit nicht jede Gruppe ihre eigenen Wege geht. Der später zur Diskussion stehende Organisationsplan soll deshalb Anweisungen geben über die Zusammenfassung der Betriebsvertretungen in den Verwaltungen und Bezirken.

Die Ergebnisse bei den Betriebsvertretungswahlen für 1930 zeigen, daß wir in 1851 Betrieben Betriebsobmänner haben. In ebensoviel Betrieben haben wir 4783 Betriebsräte. Dazu kommen 176 Gesamtbetriebsräte nach § 50 BRG., 329 gemeinsame Betriebsräte nach § 51 BRG., 12 Haupt- oder Zentralbetriebsräte nach § 61 BRG. und 116 Bezirksbetriebsräte nach § 61 BRG. In diesen Betriebsvertretungen sind nicht weniger als 20 061 Arbeiterratsmitglieder und 647 Angestelltenratsmitglieder tätig, die Mitglieder unseres Verbandes sind. Dazu kommt: Danzig mit 29 Oblenten, 73 Arbeitnehmerschaftsausschüssen, 3 Gesamtausschüssen mit zusammen 263 Arbeiterausschußmitgliedern und 19 Angestellten-

ausschußmitgliedern. Memel hat 5 Oblente und 18 Ausschüsse mit 47 Ausschußmitgliedern und im Saarland sind in 39 Ausschüssen 69 Mitglieder unserer Organisation vertreten.

Wenn wir die Betriebsvertretungen nach privaten und öffentlichen Betrieben aufteilen, ergibt sich, daß 6755 Mitglieder unserer Organisation in privaten und 13 953 in öffentlichen Betrieben tätig sind. Leider wurde auch im vergangenen Jahre wieder festgestellt, daß es Belegschaften gibt, die von dem Recht, eine Betriebsvertretung zu wählen, keinen Gebrauch machen. Wir haben 250 Betriebe unter 20 Arbeitnehmern und 965 Betriebe mit über 20 Arbeitnehmern festgestellt. Die Nationalsozialisten lehnen die Bildung von Betriebsräten vollständig ab. Bekannt ist die Aussage von Feder in seinem Rundfunkgespräch mit Prof. Dr. Nöbling, „daß die Nationalsozialisten die Wirtschaftsdemokratie ablehnen. Eine parlamentarische Betriebsform würde zum Schaden des Arbeitsertrages und damit auch der Arbeiterschaft selbst sein. Der Ertrag sinke, wenn das Geschwäg anfangen. Wirtschaftsdemokratie würde noch die Reste der Wirtschaft zerstören, die übrig geblieben seien. Parlamentarismus sei gleich Betriebsräten und Soldatenräten und darum einfach unerträglich.“ Einen Antrag in diesem Sinne auf Änderung des Betriebsrätegesetzes hat auch Dr. Fridt am 26. November 1930 dem Reichstag eingereicht. Dazu kommt, daß auch die Deutschenationalen Verschlechterungsanträge zum § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes eingebracht haben, nach denen bereits bei den Arbeitsgerichten die Rechtsanwälte als Vertreter zugelassen sein sollen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß der ADGB eine ganze Reihe von Verbesserungsanträgen zum BRG. in einer Denkschrift niedergelegt hat.

In der Frage des Rechtsschutzes hat der Verbandsvorstand den Ortsverwaltungen mit Angestellten die Entscheidung über Klagen aus § 2 Ziff. 2 AGG. selbständig überlassen. Wir ersuchen jedoch um genaueste Befolgungen der Richtlinien des Verbandsvorstandes für die Prozeßführung vor Arbeitsgerichtsbehörden. Ueber die Tätigkeit vor den Arbeitsgerichten und ihre Erfolge geben die nachfolgenden Zahlen einen kurzen Ueberblick. Im Jahre 1929 wurde in 9398 Streitfällen die Summe von 797 710 Mk. erstritten. 1930 nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen in 7542 Klagen die Summe von 836 002 Mk.

Neben den betriebsvertretungsarbeits- und -zivilrechtlichen Fragen waren umfangreiche Arbeiten auf sozialpolitischem Gebiet zu erledigen. Unsere Bemühungen waren insbesondere gerichtet auf Zulassung möglichst aller Berufsgruppen unserer Organisation zur Krisenfürsorge, Ausschluß unserer Berufsgruppen von der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, Festlegung einer ausreichenden Unterstützung auch während der Zeit berufsüblicher Arbeitslosigkeit und Unterstellung aller Kollegen unter die Arbeitslosenversicherung und die Unfallversicherung neben einem weiteren Ausbau der Unfallversicherung.

Wir haben, um unseren Betriebsvertretungsmittgliedern einen Ueberblick zu geben über die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, die Entscheidungen zum Teil gesammelt in Broschüren wiedergegeben, zum Teil werden sie fortlaufend in unserer „Arbeitsrechts“-Beilage behandelt. Außerdem erhält eine große Zahl unserer Betriebsräte die „Arbeitsrechts-Praxis“. Beibehalten haben wir bisher die Herausgabe von „Merkblättern für Betriebsräte“ in einer Auflage von 6000 Stück. An den im Jahre 1930 veranstalteten Kursen und Bezirksbetriebsräte-Konferenzen haben ungefähr 1000 Betriebsratsmitglieder teilgenommen. Ebenso waren 295 Betriebsratsmitglieder und 40 Aufsichtsratsmitglieder an Kursen in der Bundeschule Bernau beteiligt.

Die bisherigen Betriebsvertretungswahlen stellen auch an die Betriebsräte große Anforderungen. Es gilt die Anstrengungen der Nationalsozialisten und der Kommunisten, die auf Zertrümmerung der Gewerkschaften und damit auch auf die Zerschlagung des Mitwirkungsrechts der Betriebsvertretungen hinauslaufen, zunichte zu machen. Es dürfen nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt werden und Verbandsmitglieder, die sich auf gegnerischen Listen aufstellen lassen und trotz Aufforderung davon nicht zurücktreten, haben mit Ausschluß aus dem Verband zu rechnen.

Im Anschluß an das Referat von Riedel folgte das des Kollegen Scherff, das sich im wesentlichen mit den Angestelltenräten und Beamtenausschüssen befaßte. Wir geben es deshalb in der Nummer 5/1931 der „Beamten-Gewerkschaft“ wieder.

In der Diskussion wünscht Kollege Schütt, Bezirk Nordwest, eine Aenderung der Bestimmungen des Organisationsplans zur Zusammenfassung der Betriebsvertretungsmitglieder. Er hält es für zweckmäßig, daß der Geschäftsgang von dem örtlichen Betriebsrat über den Bezirksrat geht und nicht direkt an den Verbandsvorstand, damit auch der Bezirksrat über die örtlichen Vorgänge orientiert ist. Walter, München, wünscht, daß Kompromisse mit anderen Gewerkschaftsrichtungen, z. B. mit den Christlichen, nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Jäger, Hamburg, verlangt rücksichtsloses Vorgehen gegen die RGO. und Nationalsozialisten bei den Wahlen. Mann, Barmen, will von einer Zusammensetzung des Beirats bei der Betriebsräteabteilung des Verbandsvorstandes, der nach dem Organisationsplan nur aus Berliner Kollegen bestehen soll, nichts wissen. Dunk, Köln, sieht das im Betriebsrätegesetz gewährte Recht als Mindestrecht an. Keller, Gelsenkirchen, wendet sich gegen die Unterstellung der Angestellten unter die Beamtenausschüsse. Dingel, Kassel, sieht die Notwendigkeit eines Beamtenvertretungsgesetzes nicht ein, vielmehr ist er dafür, daß die Beamten auch unter das Betriebsrätegesetz fallen sollen. Schall, Neunkirchen (Saarland) zeigt, daß es nicht immer auf die Bestimmungen der Gesetze ankommt, vielmehr darauf, was man aus einem Gesetz zu machen versteht. Im Saarland gibt es weder ein Betriebsrätegesetz, noch Sächlungsausschüsse, noch Tarifverträge. Trotzdem haben die dortigen Kollegen es verstanden, aus dem mangelhaften Hilfsdienstgesetz das Beste herauszuholen. Eimer, Nürnberg, wünscht eine halbjährliche Berichterstattung an den Verbandsvorstand an Stelle der im Organisationsplan vorgesehenen vierteljährlichen Berichterstattung.

Kollege Riedel nimmt im Schlußwort auf die einzelnen Diskussionsredner Bezug. Die Konferenz beschließt, der Anregung Schütt, Hamburg, entsprechend, die Aenderung im Organisationsplan vorzunehmen, die Zusammensetzung des Beirats bei der Abteilung für Betriebsräte im Verbandsvorstand auf zwölf unbeforderte und drei beforderte Mitglieder festzusetzen und entsprechend der Anregung Eimer, Nürnberg, die halbjährliche Berichterstattung an den Verbandsvorstand anzunehmen. Mit diesen Aenderungen wird der Organisationsplan angenommen.

Hierauf referierte Kollege Nörpel vom ADGB über: „Die Bedeutung des Mitbestimmungsrechts.“ Wir geben dieses Referat in der nächsten „Arbeitsrecht“-Beilage wieder.

Kollege Sachs vom ADGB hielt einen Vortrag über: „Die Aufgaben der Betriebsvertretungen bei der Durchführung des Gesundheits- und Unfallschutzes.“ An die Spitze seiner Ausführungen stellte er den Satz: „Angebot und Nachfrage regeln den Preis der Arbeitskraft.“ Unumstritten ist, daß die Leistungssteigerung mit der Sicherheit im Betriebe parallel geht. Die Kosten der Abwehr der Betriebsgefahren wirken durchaus nicht produktionsverzernd, das Haupttempo in den Betrieben durch Rationalisierung usw. wirkt auf die Häufigkeit der Unfälle ein. 1929 zählten wir rund 1 1/2 Millionen Unfälle. Davon verliefen nach den statistischen Feststellungen der Berufsgenossenschaften 9500 tödlich und 167 000 waren schwererer Natur. Nicht immer sind es ohne weiteres feststellbare Betriebsunfälle, wie solche, die durch Maschinen usw. hervorgerufen werden. Auch unhygienische Arbeitsräume und das Umgehen mit einer ganzen Reihe von Giften und gesundheitschädlichen Stoffen vermehren die Zahl der Betriebsunfälle. Die Frage automatischen Unfall- und Krankheitschutzes ist noch nicht gelöst und mit den Unfallverhütungsvorschriften nach § 120 der Gewerbeordnung sind nicht alle Schäden zu vermeiden. Notwendig ist es vor allen Dingen, daß alle Arbeitnehmer in der Abwehr der Berufsgefahren stärkere Anteilnahme zeigen, als das bis jetzt der Fall ist. In dem Kampf gegen die Berufsgefahren sind die Betriebsräte die Vorposten. Dabei ist der Einfluß der Betriebsräte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber wichtig. Die Grenzen der Tätigkeit der Betriebsräte auf diesem Gebiete sind durch §§ 66 und 77 des BRG. gesteckt. Zurzeit beschäftigt sich der ADGB mit einer neuen Aufstellung der Unfallverhütungsvorschriften. Zur besseren Orientierung der Betriebsräte soll künftig diesen ein Exemplar der „Unfallverhütungsvorschriften“ ausgehändigt werden. Bekanntlich sind die Unfallverhütungsvorschriften in den Betrieben zum Aushang zu bringen. In der Regel werden aber nur Auszüge daraus bekanntgemacht. Eine bedeutende Einflußnahme des Betriebsrats auf die Verhütung von Unfällen ergibt sich durch die Mitwirkung bei der Betriebsbeschäftigung durch die staatliche Gewerbeaufsicht. Wichtig ist dabei, daß Betriebsvertretungen und

Revisionsbeamte ihre Erfahrungen gegenseitig austauschen. Vor allen Dingen muß die Betriebsvertretung von der Möglichkeit der Nachkontrolle bei eventuellen Beanstandungen durch den Revisionsbeamten Gebrauch machen. Zweckmäßig ist, die eventuell von dem Betriebsrat der Betriebsleitung übermittelten Vorschläge zur Unfallverhütung auch mit dem Revisionsbeamten zu erörtern. Es ist allerdings eine gewisse Vorsicht von Seiten des Betriebsrats geboten, damit er nicht zu weit geht. Ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften ist gerade in dieser Beziehung notwendig. Bei der Prüfung von Schuldfragen bei Betriebsunfällen muß das Bestreben der Betriebsvertretungen dahin gehen, die Ursache des Unfalles zu ergründen. Dabei müssen auch persönliche Verhältnisse, die Länge der Arbeitszeit, des Arbeitsweges usw. berücksichtigt werden.

Ein Mangel ist heute noch, daß Staats- und Gemeindebetriebe durch die Revisionsbeamten nicht kontrolliert werden. Bei Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die auf Unterstellung dieser Betriebe unter die RGO., die allerdings zu diesem Zwecke geändert werden müßte, hinfiel, zeigte sich starker Widerstand der Behördenleiter.

Bei Unfallanzeigen muß der Betriebsrat versuchen, sich durch Gegenzeichnung einzuschalten. Allerdings ist auch dazu eine Aenderung der RGO. oder des BRG. notwendig. Die Tätigkeit des Betriebsrats bezüglich der Unfallverhütung muß von dem Gesichtspunkte geleitet werden, daß Vorbeugen immer besser ist als Heilen. In der Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten, Versicherungsvertretern und Gewerkschaftsfunktionären ist die Möglichkeit gegeben, im Interesse der Belegschaft die Verhütung der Unfälle günstig zu beeinflussen.

Kollege Schmid (Holland) verabschiedet sich von der Konferenz mit den besten Wünschen eines gedeihlichen Zusammenarbeitens im Interesse der Betriebsräte und der Gewerkschaften. Dabei hebt er besonders hervor, daß es nicht darauf ankommt, große Abhandlungen über das Betriebsrätemeß zu schreiben, sondern daß der einzelne Kollege versucht, aus den vorhandenen Bestimmungen das Beste herauszuholen. Alle Untersuchungen, die die holländische Kommission in Oesterreich, in der Tschechoslowakei und in Deutschland vorgenommen hat, zeigen, daß die Ausübung der Tätigkeit des Betriebsrates im wesentlichen eine Personenfrage ist. Das beste Mitbestimmungsrecht nützt nichts, wenn der Betriebsrat es nicht anzuwenden versteht.

Der zweite Tag der Betriebsrätekonferenz begann mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission durch Kollegen Stender. Danach waren vertreten 151 Delegierte, 9 Orts- und Bezirksbeamtenauschussmitglieder, 7 engere Beiratsmitglieder, 6 erweiterte Beiratsmitglieder für Betriebsvertretungen, ein Beamtenbeirat und 7 Kollegen aus den Haupt- und Zentralbetriebsräten; dazu kamen die Vorsitzenden der Bezirksräte, die Mitglieder des Hauptvorstandes, der Reichsabteilung, die Bezirksleiter, die Vertreter der Betriebsräteabteilung, vom Hauptvorstand, Verbandsauschuss, Revisionskommission und Redaktion. Sämtliche Mandate der 249 anwesenden Kolleginnen und Kollegen wurden für gültig erklärt.

In der Diskussion über die Referate der Kollegen Nörpel und Sachs verlangte Bräutigam (Quisburg) mehr Material für die Betriebsräte zur besseren Orientierung. Außerdem betonte er die Notwendigkeit, den Berufskrankheiten, die durch Gase, Kohlenoxyde, Bleivergiftungen usw. hervorgerufen werden, mehr Beachtung zu schenken. — Eiffert (Berlin) wünscht eine positive Einstellung zu den Staats- und Gemeindebetrieben. Die in seinem Betriebe geübte Tätigkeit, soweit sie auf das Gebiet der Arbeitsbeschaffung durch den Betriebsrat fällt, hat sich als gut erwiesen. Mit Umsicht und Sorgfalt läßt sich auch aus dem doch noch mangelhaften Betriebsrätegesetz etwas herausholen. Unter allen Umständen muß gegen die Bestrebungen der RGO. unter Anlehnung an die Gewerkschaften Front gemacht werden. In größeren Betrieben empfiehlt es sich, die Mitglieder der Betriebsräte in bestimmte Kommissionen einzuteilen, die dann erfolgversprechender arbeiten können. Wie die Arbeiterfrage überhaupt, ist auch die Frage der Tätigkeit der Betriebsräte zum wesentlichen eine Bildungsfrage der Gewerkschaften. — Walter (München) weist auf die immer wieder von Unternehmern hervor gehobene Verpflichtung der Betriebsräte hin, für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nach dem BRG. besorgt zu sein. In Gemeinde- und Staatsbetrieben wird auch heute noch der Unfallverhütung zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Notwendig ist es

auch, in Versammlungen auf die Wichtigkeit der Unfallverhütungen hinzuweisen. — Schaum (Berlin) bespricht die guten Erfahrungen der in den GEW.-Werken gebildeten Sicherheitskommissionen, denen auch Ingenieure und Techniker angehören, die gerade bei der Verhütung von Unfällen positive Arbeit leisten. Die Unfallkurve in diesen Betrieben ist seit der Tätigkeit der Sicherheitskommissionen wesentlich heruntergegangen. — Eickelmann (Bielefeld) wünscht mehr Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den kommunalen Ausschüssen. In diesem Sinne sollten sich auch der ADGB und die Sozialdemokratische Partei einsetzen. — Riedel (Berlin) weist auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Betriebsräte und der Versichertenvertreter hin. In unserem Verbandsgebiet haben wir 500 bis 600 Kollegen als Versichertenvertreter, die zusammenzufassen vielleicht auch notwendig wäre. Jedenfalls hat sich erwiesen, daß bei Verhandlungen in den Berufsgenossenschaften mit den Versichertenvertretern eine vorherige Besprechung mit der Betriebsräteabteilung jedesmal die nachfolgenden Verhandlungen in unserem Sinne günstig beeinflusst haben. Notwendig ist es, daß die Kollegen, die durch Berufsunfälle in ärztlicher Behandlung sind, den Arzt auch über die Art des Unfalles informieren. — Schiele (Emmendingen) verspricht sich von dem jetzt in Baden durchgesetzten Gesamtbetriebsrat beim Ministerium des Innern Erfolg. Das Recht auf Mitbestimmung bei willkürlicher Versetzung in den Staatsbetrieben muß mehr im Vordergrund stehen. — Altschäffel (München) macht auf die schwierige Tätigkeit der Betriebsräte in Privatbetrieben aufmerksam. Er wünscht, daß die Revisionsbeamten bei Betriebsbesichtigungen verpflichtet werden sollen, den Betriebsrat zu verlangen. Außerdem hält er es für notwendig, daß die Berichte der Revisionsbeamten vom Betriebsrat gegengezeichnet werden. — Qualeck (Hamburg) sieht in der Mitwirkung des Betriebsrats bei Festsetzung von Strafen und Entlassungen die Möglichkeit, mildernd und korrigierend einzugreifen. Jedenfalls hat das Mitbestimmungsrecht in dieser Beziehung gute Erfahrungen gezeitigt.

Dann folgte das Referat des Kollegen Lengersdorff: „Die Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft“, das wir in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ wiedergeben.

Die der Reichskonferenz vorliegenden Anträge, soweit sie sich auf die §§ 18, 78 usw. beziehen, werden als erledigt betrachtet, da sie bereits in den Anträgen zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes, die anlässlich der Ausfüllung der vom Reichsarbeitsministerium zugestellten Fragebogen dem Vorstand des ADGB vorgelegt wurden, berücksichtigt worden sind. — Die übrigen Anträge werden dem Vorstandsvorstand zur Berücksichtigung bzw. als Material überwiesen. — Der Antrag Heckel (Darmstadt), daß neben den Haupt- und Zentralbetriebsmitgliedern der Reichs- und Staatsbetriebe auch die Beamtenausschüsse mindestens einmal im Jahre zu einer gemeinsamen Besprechung zusammengerufen werden, wird der zuständigen Abteilung beim Vorstandsvorstand überwiesen. — Gegenüber dem Antrag Berlin auf stärkere Berücksichtigung der Rechtsprechung im „Arbeitsrecht“ weist Riedel auf die Notwendigkeit besserer Mitarbeit hin. Wenn es notwendig ist, kann dieser Teil des Verbandsorgans weiter ausgebaut werden.

Die Konferenz nahm dann zwei Entschlüsse, die sich mit der organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsvertretungen im Gesamt-Verband und den kommenden Betriebsrätewahlen beschäftigen, einstimmig an. (Abdruck im Leitartikel.)

Bei der Wahl des Beirats zur Abteilung für Betriebsvertretungen wurden als unbesoldete Mitglieder die Kollegen Max Heinzelmann, Kammereibetriebe; August Lenz, GEW.-Werke; Otto Miernier, Gesundheitswesen; Karl Haupt, RBA und Feuerwehr; Franz Leidecker, Reichs- und Staatsbetriebe; Rudolf Stein, Handel; Karl van de Felden, Transport; Richard Stäche, Verkehr; Rudolf Arndt, Luft- und Kraftfahrt; Paul Walter, Metallbetriebe; Franz Großmann, Post, und Paul Dammmer, Haus- und Waghangesetzte, gewählt.

Mit der Aufforderung des Kollegen Riedel, die Betriebsräte wachzurütteln, ihnen den ganzen Ernst des Kampfes der Gewerkschaften und Betriebsräte gegen Nationalsozialisten und Kommunisten vor Augen zu führen und ein enges Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen, wurde die Konferenz geschlossen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

An die deutsche Arbeiterschaft!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erließ unter dem 14. Februar 1931 folgenden Aufruf: **Parteigenossinnen und -genossen!** Mit dreisten Worten verkündeten Vertreter der nationalsozialistischen sogenannten „Arbeiterpartei“ im Reichstage vor ihrem Auszuge den kommenden Bürgerkrieg. Der nationalsozialistische Vizepräsident sprach von dem casus belli, das heißt dem kommenden Krieg, wenn die von den Nationalsozialisten in Thüringen in noch schärferem Maße beschlossene Geschäftsordnung auch im Deutschen Reichstag zur Geltung komme. Der juristische Beirat des Herrn Hitler vor dem Reichsgericht in Leipzig versuchte, ihn durch Drohungen zu übertreffen. Reaktionäre Organe erklären offen: „Wir stehen am Vorabend einer zweiten Revolution, sie läßt sich nicht mehr absagen.“

Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Im ganzen Lande hat man von Tag zu Tag in stärkerem Maße die Unfähigkeit der nationalsozialistischen Gewaltapostel erkannt. Der Rückgang ihrer Anhänger ist unverkennbar. Zahlreiche Presseorgane haben ihr Erscheinen eingestellt, die Auflagenhöhe der noch bestehenden sinkt rapide von Tag zu Tag. In ihrer Verzweiflung treiben sie das Spiel mit dem Feuer. Die deutsche Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß die Herrschaften sich ihre Finger gehörig verbrennen. Deshalb rufen wir den Arbeitern und allen Republikanern zu:

Seid auf der Wacht!

Tretet dem rücksichtslosen Terror entgegen, der sich in Gewalttätigkeiten und Mordtaten austoben will. Die Deutschen haben sich als die Trabanten der Nationalsozialisten gezeigt. Auch sie versuchten, in Erkenntnis ihrer eigenen Ohnmacht und Unfähigkeit das Parlament lahmzulegen. Großmäulig verkündeten beide Parteien, die Abrechnung mit der bisherigen Politik im Plenum des Reichstags vor dem gesamten Volke vorzunehmen. Sie wichen dem Kampf aus, sie flohen, um öfter noch zu fliehen. Die Flut steigt!

Die Abwehrbewegung gegen politische Reaktion und Kriegshetze umfaßt das ganze Volk. Enttäuscht sind vor allem die früheren Nichtwähler, denen die Nationalsozialisten am 14. September in der Hauptsache ihren Stimmenzuwachs verdanken. Mit Erbitterung sehen die Teilnehmer des Weltkrieges auf das verbrecherische Treiben. Mit wachsendem Ingrimm denken Frauen und Mütter der im Kriege Gefallenen an jene „herrliche Zeit“, in der ihre Angehörigen an der Front dem Tode ins Auge sehen mußten, täglich Zehntausende starben und in der Heimat Hunger und Elend herrschten. Ein Wort aus jener Zeit, das aus den Schützengräben in die Heimat drang, kommt wieder jedem auf die Lippen, der die „Helden“ von heute betrachtet:

„Gleiche Löhnung, gleiches Essen,

Wär' der Krieg schon längst vergessen.“

Das Wort war damals der Ausdruck des allgemeinen Empfindens und die treffendste Kritik der Ungleichheit gegenüber Not und Gefahr. Es ist im Bewußtsein des deutschen Volkes wieder lebendig geworden angesichts des Treibens der ehemaligen Annexionspolitiker, die den Krieg bis zur endlichen Niederlage verlängerten, während sie selbst weit vom Schuß sich in Sicherheit befanden. Die Psychose vom 14. September ist längst vorüber.

Jetzt greifen wir an, jetzt marschieren wir vorwärts.

Arbeiter, stärkt eure Reihen. Kampf dem Faschismus.

Seid kampfbereit! Bereitet den Boden vor für eine neue Welt, die die Greuel des Krieges nicht kennt, die dem Volke gibt, was des Volkes ist. Schließt euch zusammen: in der Sozialdemokratie, in der Arbeiterbewegung!

An unsere Parteigenossen aber geht der Ruf: Denkt an die Parole des Jahres 1931: „Wo bleibt der zweite Mann?“ Erfüllt eure Pflicht. Schon drang diese Parole ins letzte Dorf. Groß ist ihr Erfolg.

„Gegen den Marxismus!“, so lautet das Feldgeschrei, mit dem die Nationalisten aller Schattierungen uns bekämpfen. Das Versagen des Kapitalismus hat mit Marxismus nichts

zu tun. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung aber steht in ihrer schwersten Krise. Die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion bereitet sich vor, ihre Erfüllung ist die Aufgabe der Zukunft. An ihr zu arbeiten, gegen den Krieg, Bedrückung und Not, für Freiheit und Völkerfrieden, das ist das Ziel, dem wir dienen mit all unserem Sein, mit all unserem Können.

Unseren Gegnern bleibt die Wahl der Waffen, mit denen sie uns bekämpfen, überlassen. Aber sie mögen überzeugt sein, welcher Art diese auch sind, wir werden sie zu schlagen wissen.

Seid wachsam! Seid bereit! Agitiert, organisiert, befolgt die Parole der Partei:

Wo bleibt der zweite Mann?

Aus unserer Bewegung

Eisenburg. In der Jahresgeneralversammlung hielt Kollege Wachtendorf, Magdeburg, einen Vortrag über die Lage im Bezirk 19. Aus dem Jahresbericht der Verwaltung war zu ersehen, daß ein gutes Zusammenarbeiten der einzelnen Organisationen im Gesamt-Verband möglich ist. Trotzdem im vergangenen Jahre eine ganze Anzahl Kollegen nach anderen Orten verjoren sind und mehrere Todesfälle zu verzeichnen waren, konnte das Jahr mit einer Zunahme in der Mitgliederzahl abgeschlossen werden. Die neu errichtete Sektion Gesundheitswesen wird im kommenden Jahre noch weiter ausgebaut werden. Bei dem ausführlichen Kassenbericht des Kassierers wurden die Leistungen der Organisation in Rechtschutzfällen besonders erörtert. — Die alte Verwaltung wurde ohne Gegenvorschläge wiedergewählt.

Frankfurt a. M. In der Jahresdelegiertenversammlung, die am 2. Februar 1931 stattfand, lag der Geschäftsbericht den Delegierten schriftlich vor und wurde vom Kollegen Schneider ergänzt. Dem ersten Geschäftsjahr des Gesamt-Verbandes drückte die Arbeitslosigkeit und der Übergang der Wirtschaft den Stempel auf. Dies konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Gewerkschaften bleiben und unsere Organisation mußte ebenso wie die anderen freien Gewerkschaften alles daransetzen, um die Scharten, die durch den Wirtschaftsniedergang innerhalb unserer Mitgliedschaft entstanden, wieder auszuweken. Unsere Filiale hatte zwei Lohnbewegungen zu führen, die beide mit einem Lohnabbau endigten. Eine rege Tätigkeit wurde durch die Versammlungen in den einzelnen Gruppen entfaltet und hiermit gute Aufklärungsarbeit geleistet. — Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Reuß erläutert. Hier kommt die schlechte Wirtschaftslage durch die starke Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zum Ausdruck; wenn auch gesagt werden kann, daß eine gewisse Stabilität in dem Kassenbestand und der Mitgliederbewegung vorherrscht, so wäre doch zu wünschen, daß die Fluktuation noch mehr eingedämmt wird. Hier erwächst unseren Funktionären eine dankbare Aufgabe, die gewonnenen Mitglieder durch intensive Aufklärung bei der Organisation zu halten. Die Kasse schließt in Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1930 mit 822 684,10 Mk. ab. Die Mitgliederzahl beträgt Ende des Jahres 13 584. Die seitberläge Ortsverwaltung wurde per Akklamation einstimmig wiedergewählt, ebenso die Revisionskommission. Der Antrag der Ortsverwaltung, gegen das Mitglied Rauleder das Ausschlussverfahren einzuleiten, wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Rauleder betätigt sich für die RGO.

Heidelberg. Der von den Kollegen Maurer und Dieterich in der Generalversammlung am 15. Februar gegebene Geschäfts- und Kassenbericht lautete, daß beim Zusammenschluß zum Gesamt-Verband 2171 Mitglieder amestert wurden und der Kassenbestand 13 296 Mk. betrug. Lobend anerkannt wurde im Bericht die verantwortungsvolle und segensreiche Tätigkeit der Betriebsräte, die im letzten Jahre infolge der Abbaubewegung schwierige Aufgaben zu erledigen hatten. Als Schmerzenskind mußte die Straßensbahn bezeichnet werden, bei der die Vertretung von Arbeiterinteressen immer Schwierigkeiten bereitet. Die Klagen vor Gericht usw. wollen gar nicht abreißen. Auch die Abteilung Müllabfuhr der Heidelberger Holzindustrie leidet unter diesen Verhältnissen. Von der Direktion wurde der Tarifvertrag gekündigt, weil er keine Bestimmung über die Einzelkündigungen enthielt und daher die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist galt. Außerdem war die Direktion gegen eine am Schlusse des Vertrages befindliche Weiteraufsklausel. Alle Bemühungen der Organisation, die Direktion von diesem Verschlechterungsantrag abzubringen, sind leider gescheitert. Die Mitgliederbewegung weist leider einen Verlust von 236 auf, der größtenteils auf Abbaumaßnahmen zurückzuführen ist. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen für die Hauptkasse 59 831 Mk. und die Ausgaben 25 685 Mk. betragen. An Unterstütungen wurden ausgezahlt im Jahre 1930 insgesamt 24 890,88 Mk. Der Vorstand wurde außer einer Ergänzungswahl einstimmig wiedergewählt.

Internationale Rundschau

Internationale Konferenz in Straßburg. Auf Einladung des Sekretariats der Internationale der öffentlichen Dienste hat eine Besprechung der vier öffentliche Angestellte organisierenden internationalen Berufssekretariate am 14. Februar in Straßburg stattgefunden. Die Konferenz beschloß einmütig:

- gegenseitige Beratung in Fragen, die in den verschiedenen internationalen Bulletins veröffentlicht werden;
- gemeinsame Besprechung in Angelegenheiten, die vom IAA. auf die Tagesordnung der internationalen beratenden Zusammenkünfte gesetzt werden.

Ferner wurde folgende Entschlieung gefaßt:

„Die Vertreter der Internationale der öffentlichen Dienste, der Internationale der Post-, Telephon- und Telegraphenan-gestellten (IPTT.), des Internationalen Berufssekretariats der Lehrer, und die der Beamteninternationale, die sich am 14. Februar in Straßburg versammelt haben, um die Möglichkeiten einer fruchtbaren Zusammenarbeit zu erörtern, stellen fest, daß bei den Finanzmächten aller Länder die Tendenz besteht, die Weltwirtschaftskrise dazu auszunutzen von den öffentlichen Betrieben — Telephon, den Verkehrsmitteln, den Kraftquellen, der Wasserversorgung und anderen — Besitz zu ergreifen. Als Vertreter der Interessen der Allgemeinheit und des öffentlichen Personals legen sie gegen diese Bestrebungen Verwahrung ein, da die privatwirtschaftliche Beherrschung dieser Betriebe eine Verteuerung der Preise und die Unterordnung der öffentlichen unter die privatwirtschaftlichen Interessen herbeiführen müßte. — Andererseits stellen die Vertreter der vier Internationalen fest, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas ihre Ursachen in Mißverständnissen haben, die deshalb zwischen den Völkern bestehen, weil die Regierungen dem tiefgehenden Wunsch aller nach einem endgültigen Friedenszustand nicht Rechnung tragen. — Sie sind gewillt, sich für eine allgemeine Annäherung und ein einträchtiges Zusammenwirken aller Völker einzusetzen, damit die von allen aufrechten Menschen geächtete Drohung mit dem Krieg, der jede menschliche Kultur dem Untergang weicht, verschwindet.“

RUNDSCHAU

Karl Sängerlaub, Dresden, 25 Jahre Angestellter im Gesamt-Verband. Am 1. März 1931 sind es fünfundzwanzig Jahre, seit unser Kollege Karl Sängerlaub, der jetzige Wirtschaftsbezirksleiter für Sachsen, von den Leipziger Kollegen als Bevollmächtigter angestellt wurde. Schon vorher hatte unser Freund Karl sich in



der Arbeiterbewegung überall als ehrenamtlicher Funktionär in Partei und Gewerkschaft betätigt. Dies bedeutete in der damaligen Zeit Gefährdung der Existenz und Haß des Unternehmertums, das ihn dann auch auf die schwarze Liste setzte und die Existenz in den Betrieben unmöglich machte. So versuchte sich Karl Sängerlaub zeitweilig als „liegender Händler“. Später kam er in einen Genossenschaftsbetrieb. Das gab ihm die Möglichkeit, nun mit besten Kräften für unsere Organisation in seiner freien Zeit tätig zu sein. Aber auch nach seiner Anstellung gab es aller-

hand Schwierigkeiten zu überwinden. Die Kleinagitation in den verschiedenen Handels- und Transportbetrieben machte eine unsagbare Mühe. Jede Arbeitseinstellung erforderte seine Mitberatung bei der Beschlußfassung. Und als sich im Jahre 1910 das Unternehmertum stärker zusammenschloß, damit die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen zurückgewiesen werden sollte, war es Karl Sängerlaub, der auch diesem vereinzelten Unternehmertum die Fehde anlagte. Die Dorkriegspolizei erhob wiederholt Anklage wegen „Streikvergehen“. Er bekam erstmalig eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen, später wegen des gleichen Delikts eine weitere Gefängnisstrafe. Seit 1917 wirkte Kollege Sängerlaub als Gauleiter in der Organisation. Heute im Gesamt-Verband als Wirtschaftsbezirksleiter ist sein Organisationsgebiet so gewaltig vergrößert, daß er es nur mit seinem „Mercedes-Puppchen“ durchziehen kann. Kollege Sängerlaub ist gewissermaßen ein Teil der Geschichte unseres Verbandes in Sachsen. Am Ehren-tag unseres alten Freundes geht der Wunsch der gesamten Mitgliedschaft und des Verbandsvorstandes dahin: Möge Karl Sängerlaub auch weiterhin mit echt sächsischem Humor und in körperlicher und geistiger Frische der Organisation Hossend zur Seite stehen.